Einzelverkaufspreis: 1,50 Dm incl 6 % Mwst.

D 1870 CX

Informations-Dienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten

ID

NR. 241 5. August 1978

ERSCHEINT WÖCHENTLICH
REDAKTIONSSCHLUSS :Donnerstag, 16 Uhr
POSTANSCHRIFT :Postfach 900 343, 6000 Frankfurt 90
Telefon :0611 - 70 43 52
DRUCK :Druckladen, Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90



SEIT 1958 ARBEITET der 48jährige Osnabrücker Werner Essing als Sprengmeister. Sein berufliches Tätigkeitsfeld bewegt sich im Umkreis bis zu 100 Kilometern, wo es praktisch kein Bauwerk, Schornstein oder eine Brücke gibt, die er noch nicht gesprengt hat.

aus: NOZ vom 22.7.78

NOZ=Neue Osnabrücker Zeitung



Anschläge auf Bauwerke, Schornsteine, Brücken und Rasen kann ich nicht nur nicht billigen, ich mache mir auch rein gar nichts daraus.
gez. der verantwortliche Redakteur



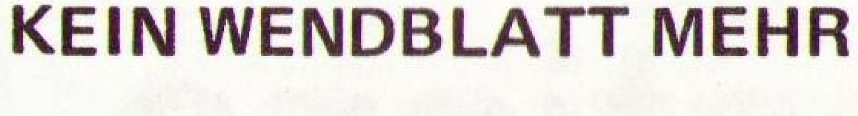
Abonnement gegen Vorauskasse von 1.50 Mark je Heft, Mindestbetrag 18 Mark für 12 Hefte (Vierteljahr) auf POSTSCHECK-KONTO 52 52 28 - 602 POSTSCHECKAMT FRANKFURT (BLZ 500 100 60). Bitte Stichwörter angeben: „Neuabo", „Verlängerung", „Adresswechsel". Außerdem die genaue Adresse und wenn es sie schon gibt, die Abonummer!

HAUSMITTEILUNG

Im ID 237 haben wir angekündigt, daß wir wegen des Reisefiebers zahlreicher Mitarbeiter und wegen allseits bekannter Mängel an den technischen Geräten für ein Weilchen nur 16 Seiten machen können. Bislang haben wir uns vergeblich bemüht, diese Sommer-Regelung einzuhalten.. Doch hier ist er, der erste 16-Seiten-Sommer-ID!

Wer weiß ob wir es diesmal geschafft hätten, wenn uns nicht die Freundinnen und Freunde aus dem Druckladen dabei geholfen hätten: sie sind nämlich in Urlaub gefahren. Das kann man leicht nachprüfen, nämlich durch einen Telefonanruf. „Wir haben bis September Betriebsferien, versuch es da nochmal", wird man vertröstet. Doch so ganz stimmt diese Auskunft auch nicht, denn der Winnie ist eigens daheimgeblieben, um den ID und den Pflasterstrand zu drucken. Schon zu Beginn der Woche kam er an und sagte: „Liebe Leute, ich bin allein, macht nicht mehr als 16 Seiten, sonst flipp' ich aus!"

Da wir verhindern wollen, daß der Winnie ausflippt, werden wir uns fortan hartnäckig an die 16-Seiten-Sommer-Regelung halten.

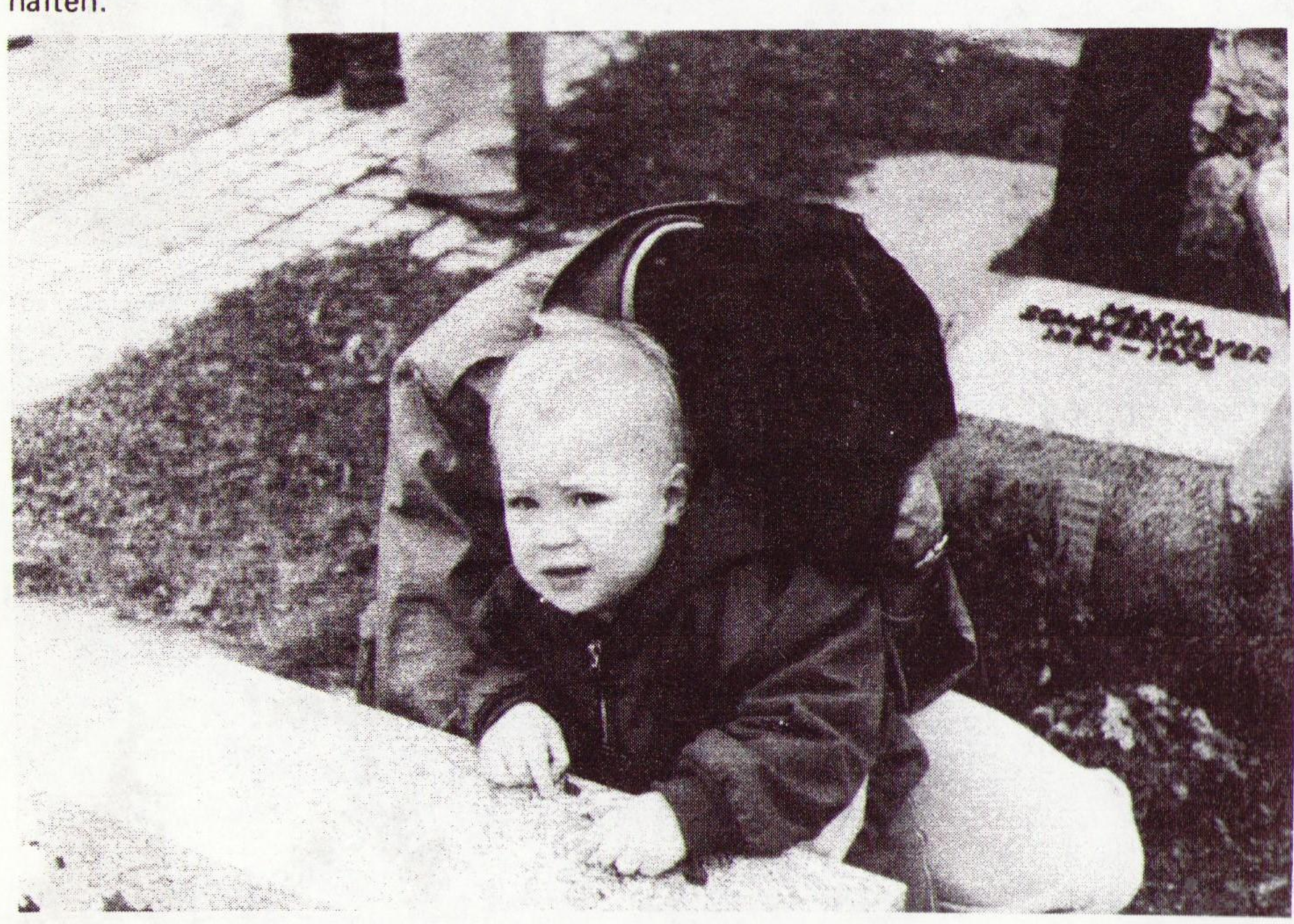


KEIN WENDBLATT MEHR

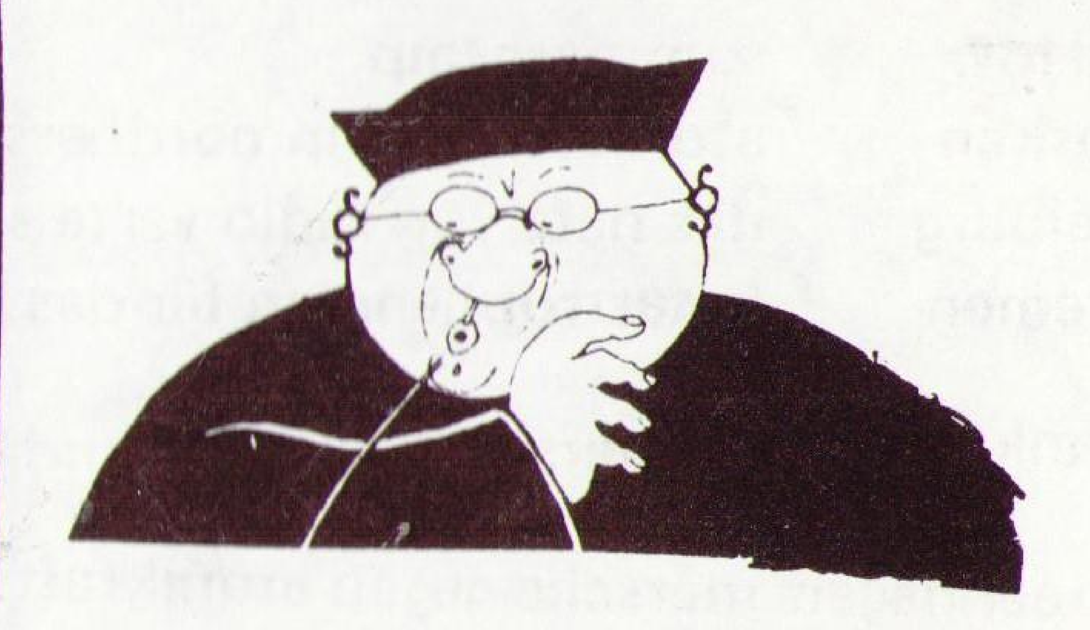
LÜCHOW-DANNENBERG
27. JULI

Die Redaktion der Alternativzeitung für das Wendland, dem „Wendblatt", erklärt ihr Produkt endgültig für tot. Damit auch etwas erfreuliches in der Nachricht steht, teilt die Redaktion weiter mit, daß eine Regionalzeitung für den Raum Lüchow-Lüneburg Uelzen-Dannenberg geplant ist. Konkretes werde sich da hoffentlich bald tun. Geld brauchen sie auch noch, weil sie noch Schulden haben:

KSK (was wohl Kreissparkasse heißen soll) Lüchow, Nr. 200 5262, BLZ (Bankleitzahl) 258 513 35.







GESUCHT: STRAFBEFEHLE IM ZUSAMMENHANG MIT DER BEERDIGUNG IN STUTTGART

OVERATH
31. Juli

„Wegen der Vorkommnisse nach der Beerdigung in Stammheim habe ich einen Strafbefehl bekommen. Ich werde beschuldigt, gemeinschaftlich eine fremde Sache beschädigt zu haben (Pkw-VW). Mit mir müssen fünf andere Genossinnen und Genossen diesen Strafbefehl erhalten haben. Diese Leute sollen sich nun bei mir melden, damit ich weiß, was die vorhaben. Ich habe erst mal Einspruch gegen den Strafbefehl eingelegt."

Konatakt: Anton Moho, Schlehenweg 17, 5o63 Overath, Tel. o22o6/6743.

ZEITUNG FÜR RADIKALE SATIRE

LINDFLUR
31. Juli

Es gibt eine neue kleine Zeitung für radikale Satire. Sie nennt sich "Sumpfblüte" und kann für 40 Pfennig pro Exemplar plus Porto abonniert werden. In der Zeitung kann auch Satirisches veröffentlicht werden, aber sie ist bis jetzt noch sehr klein und steht auf wackligen Füßen. In der Nr. 1, die jetzt erschienen ist, stehen drei kurze Satiren.
Bestellt werden kann die "Sumpfblüte bei
Utz Walther, 8701 Lindflur 17 1/2

MATERIAL ZUM GEPLANTEN POLIZEIGESETZ

GÖTTINGEN
1. August

Zum einheitlichen Polizeigesetz noch eine Broschüre (48 S., DIN-A 4). Sie kann bestellt werden bei:

Klaus Rehtemeier, Robert-Koch-Str. 38, Zi. 1116, 3400 Göttingen, gegen Vorauskasse (Pschkto. Nr. 328962-303, Psch. Hannover) bzw. Briefmarken: 2,- DM incl. Porto, 10 Stück 16,- DM incl. Porto

ALTERNATIVER STADTFÜHRER

HAMBURG
2. AUGUST

Guten Tag, hiermit teilen wir euch die Geburt eines „Alternativen Stadtführers für Hamburg" mit. Nach München und Berlin nun der dritte. Er enthält Infos, Tips und Selbstdarstellungen von verschiedenen Initiativen, Projekten und Werkstädten. 125 Seiten din a 5, 3.00 DM bei uns, 3.50 DM in Buchläden die Überweiseng von 3.00 DM + 1.00 DM Porto auf das Postscheckkonto Nr. 367 255 - 205 pscha Hmb m. Jakob gilt als Bestellung. Es wird euch dann zugeschickt.

Kontakt: Rolf Weilert, 2 Hamburg 50, Karl-Theodorstraße 12.

GEWERKSCHAFTLICHES ENGAGEMENT – ENTLASSUNGEN – EINSCHÜCHTERUNG

DORTMUND
2. AUGUST

Wir, Susanne, Sigi und Franz, haben bis vor Kurzem bei der Firma Spodeck Dortmund in der Abteilung Landschaftspflege und Gartenbau gearbeitet. Die Verwaltungs- und Beteiligungs GmbH Spodeck ist ein großes Dienstleistungsunternehmen. Es besteht aus drei Firmen: die Spodeck Landschafts- und Gartenbau, die Spodeck KG Dienstleistungen (Gebäudereinigung innen) sowie die Spodeck KG Gebäudereinigung (Gebäudereinigung außen). Die Spodeck Landschafts- und Gartenbau hat mehrere Kolonnen: eine für Neuanlagen, eine für Garten- und eine für Rasenpflege. In der Kolonne für Rasenpflege haben wir alle drei als Aushilfskräfte für den Sommer gearbeitet.

Fast alle Leute dort waren unzufrieden mit den Arbeitsbedingungen, trauten sich aber nicht, selbst aktiv zu werden, weil andere damit schon früher schlechte Erfahrungen mit der Firmenleitung gemacht hatten. Sie meinten deshalb, daß wir uns das als Aushilfen eher leisten können. Wir gingen zunächst mit den Kollegen aus unserer Kolonne den Tarifvertrag durch. Dabei stellten wir unter anderem fest, daß:

- einige über und einige unter Tarif bezahlt wurden,
- Überstunden nicht mit Aufschlag vergütet wurden,
- keine Erschwerniszulagen für bestimmte Arbeiten, z. B. Giftspritzen und Erschütterungsarbeiten, bezahlt wurden.

Gleich danach sprachen wir mit dem Bezirkssekretär der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft. Dieser riet uns dringend dazu, uns alle gewerkschaftlich zu organisieren (erst etwa 40 % der Kollegen waren Mitglied der Gewerkschaft) und einen Betriebsrat auf die Beine zu stellen, um überhaupt erst mal die tariflichen Vereinbarungen gegenüber der Firmenleitung durchsetzen zu können (der Betriebsrat steht unter besonderem gesetzlichen Kündigungsschutz). Wir fanden das richtig und beschlossen, mit den Kollegen aus den anderen Kolonnen darüber zu sprechen. Zunächst zweifelten einige, weil sie meinten, ihre Interessen alleine durchsetzen zu können und andere hatten Angst, aufzufallen. Dann aber waren sich alle einig, daß ein Betriebsrat notwendig ist, und wir beschlossen, einen Wahltermin anzusetzen.

Inzwischen hatte jedoch die Firmenleitung von unseren Aktivitäten Wind bekommen und stellte den Franz zur Rede. Spodeck jun., der Chef der Gartenbaufirma, wollte von ihm wissen, wer denn eigentlich „dahinter" steckt; wenn wir drei das wären, würde er das als „Aufwiegelei" betrachten. Für die Nennung von Namen dagegen versprach er Franz „Vorteile". Zur Gewerkschaft meinte er: „Gewerkschaften wollen wir nicht, brauchen wir nicht, haben wir noch nie gebraucht, und wenn wir sie brauchen, holen wir sie." Am Nachmittag desselben Tages fuhr er zu den einzelnen Kolonnen auf die Baustellen und fragte die Arbeiter, ob sie denn wirklich einen Betriebsrat wollen. Als sie das bejahten, meinte er, sie könnten ihn, Spodeck jun., zum Betriebsrat wählen, denn er wäre ja auch bloß ein Arbeiter . . . Zum Feierabend dann hatte er dann schon die Kündigungsschreiben für uns alle drei bereit. Bis zum Inkrafttreten der Kündigungen waren wir ab sofort beurlaubt. Da Franz die Probezeit schon hinter sich hatte, mußte für seine Kündigung ein Grund angegeben werden, und der war, wie könnte es anders sein, „Arbeitsmangel". Spodeck gab uns eine halbe Stunde, um das Betriebsgelände zu verlassen und versuchte, unsere Unterhaltungen mit den anderen zu verhindern. Außerdem erteilte er uns Hausverbot. Da solche willkürlichen Einschüchterungsmanöver öfter vorkommen und gelingen, ohne daß man davon hört, beschlossen wir, diesen Fall so publik wie möglich zu machen. Wir brachten zwei Flugblätter heraus, eines für unsere Kollegen und das andere für die Öffentlichkeit. Außerdem unterrichteten wir die Tagespresse und verschiedene Organisationen. Spodeck, erschrocken über soviel Aktion, versuchte seinerseits der Presse gegenüber ein schienbar gutes Betriebsklima herauszustreichen.

In Wirklichkeit aber hatte er soviel Angst vor einer Organisierung seiner Arbeiter bekommen, daß er 10 Tage nach unserer Kündigung von ihnen ihre Unterschrift unter eine Erklärung verlangte, in der stand, daß sie zur Zeit keine Gewerkschaft und keinen Betriebsrat brauchen. Auf dem Zettel waren alle Namen vorgedruckt, und es stand kein Datum drauf, was bedeutet, daß er jederzeit verwendbar ist! Und, was das Schlimmste ist, Alle, ohne Ausnahme, haben diese Erklärung unterschrieben! Das hat er so erreicht: Am Morgen brachte er den Zettel mit und meinte zu den Leuten, sie sollten doch „mal eben hier unterschreiben". Als sie das zunächst nicht taten, sagte er sinngemäß, daß wir das Flugblatt wohl nicht alleine geschrieben hätten und daß eine größere Organisation dahinter stecken könnte. Außerdem würde er die Angelegenheit dem Bundeskriminalamt übergeben (. . .) und uns wegen Geschäftsschädigung anzeigen. Dadurch gegen uns voreingenommen, eingeschüchtert durch unsere Entlassungen, die Erwähnung des Bundeskriminalamtes und der Anzeige, und außerdem aus Angst um ihren Arbeitsplatz resignierten die Kollegen und unterschrieben. (Diese Erklärung kann für Spodeck jedoch nur Aufschub bedeuten, denn mit ihr kann er eine Betriebsratswahl nicht verhindern!)' Um auch uns mundtot zu machen, ließ uns die Spodeck Verwaltungs- und Beteiligungs GmbH durch ihre Anwälte folgendes mitteilen: „Wir weisen sie ausdrücklich daraufhin, daß wir im Falle der geringsten Wiederholung der Verbreitung der unrichtigen Behauptungen die einstweilige Verfügung gegen sie erwirken und sie wegen aller aus Ihrem unzulässigen Handeln resultierenden Schäden in Anspruch nehmen werden." Durch solche Drohungen lassen wir uns nicht einschüchtern, und meinen nach wie vor, daß das beste Mittel, unternehmerischer Willkür zu begegnen, eine breite und wirksame Organisierung ist!

Kontakt: Franz Loeckle, Scharnhorststr. 23, 46 Dortmung

DIE LAGE DER SCHULABGÄNGER IST HOFFNUNGSLOS

FRANKFURT
31. Juli

Der Landesvorstand der hessischen Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ) hat die größten hessischen Betriebe nach ihrem Lehrstellenangebot befragt. Die Zahlen beziehen sich auf September 1979 (Lehranfang):

Hoechst AG, Frankfurt/Main
850 Ausbildungsplätze für 4 000 Bewerber
Nichtübernahme nach der Lehre
Mehr als 70 Chemielaboranten fliegen auf die Straße, von sieben Physiklaboranten werden sechs nicht übernommen, von 75 Chemielaborjungwerkern werden 30 nach ihrer Prüfung nicht weiterbeschäftigt.

Opel AG, Rüsselsheim
345 Lehrstellen für 1 300 Bewerber
Nichtübernahme nach der Lehre: von 35 Bürokaufleuten werden 26 übernommen (9 Zeitverträge für 6 Monate), von 11 technischen Zeichnern werden 3 übernommen (7 Zeitverträge für 6 Monate, 4 sind von sich aus gegangen)

Volkswagenwerk, Kassel-Baunatal
207 Lehrstellen für 1 300 Bewerber
Nichtübernahme nach der Lehre: Außer den technischen Zeichnern wird kein Jugendlicher in seinem erlernten Beruf weiterbeschäftigt, sondern vorwiegend in Hilfsarbeiterberufen.

Merck AG, Darmstadt
Hauptaktionär ist der Vorsitzende der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände, Esser
155 Lehrstellen in 13 Berufen für 1 800 Bewerber
Nichtübernahme nach der Lehre: Von 104 Lehrlingen sollen 38 nicht weiterbeschäftigt werden.

Kalle & Albert, Hoechst-Betrieb in Wiesbaden
93 Einstellungen bei 900 Bewerbern
Nichtübernahme nach der Lehre: Es werden ca. 60 % der auslernenden Jugendlichen übernommen.

Siemens, Frankfurt/Main
Zwischen 110 und 120 Einstellungen bei 400 Bewerbern
Nichtübernahme nach der Lehre: 90 gehen in die 2. Stufe, Elektroniker werden alle übernommen.

Phillips, Kassel
40 Lehrstellen bei 200 Bewerbern
Nichtübernahme nach der Lehre: 60 % werden voll übernommen, 40 % bekommen einen Vertrag für 6 Monate.

Leitz, Wetzlar
80 Lehrstellen für 400 Bewerber
Nichtübernahme nach der Lehre: keine Angaben

Thyssen-Henschel, Kassel
82 Ausbildungsplätze bei 350 Bewerbern.
Nichtübernahme nach der Lehre: Von 34 werden 24 übernommen, in den kaufmännischen Berufen werden 2 nicht übernommen.

Wegmann und Co., Kassel
80 Lehrstellen für 160 Bewerber.
Nichtübernahme nach der Lehre: Bei 30 - 40 ausgelernten Jugendlichen werden fast alle übernommen, ca. 95 % der übrigen Lehrlinge sollen ebenfalls weiterbeschäftigt werden.

Damit stehen allein bei den drei größten hessischen Betrieben, bei Hoechst in Frankfurt, Opel in Rüsselsheim und VW in Kassel 6 600 Bewerbern nur 1 402 Lehrstellen gegenüber.



Um diese bestehende Misere zumindest teilweise zu beseitigen, fordert der SDAJ-Landesvorstand Hessen die Verwirklichung der folgenden Sofortforderungen.

1. Bereitstellung von mindestens 25 000 qualifizierten Lehrstellen durch gesetzliche Verpflichtung bei den großen und mittleren Industriebetrieben in Hessen. Wenn die Unternehmer nicht genügend Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen, muß die Bundesregierung die gesetzlich vorgeschriebene Berufsausbildungsabgabe erheben.
2. Die drei hessischen Konzernbetriebe Hoechst AG (Frankfurt), Opel AG (Rüsselsheim) und das Volkswagenwerk in Kassel-Baunatal müssen mindestens 1 000 qualifizierte Lehrstellen sofort zur Verfügung stellen.
3. Alle Jugendlichen müssen nach dem Lehrabschluß in ihrem erlernten Beruf weiterbeschäftigt werden.
4. Errichtung der bereits seit 1974 von der Landesregierung versprochenen über- und außerbetrieblichen Ausbildungswerkstätten in strukturschwachen Gebieten (wie Fulda, Limburg, Vogelsberg, Schwalm-Eder) mit einer zukunftssicheren Grundlagenausbildung.
5. Nicht nur die etwas mehr als 82o Lehrer, sondern mindestens 4 000 Lehrer müssen bis spätestens zum 1. Februar 79 eingestellt werden.
6. Um bereits in der Schule auf eine zukunftsorientierte Ausbildung vorzubereiten, muß die integrierte Gesamtschule als Regelschule gesetzlich verankert werden.

Kontakt: SDAJ, Landesvorstand Hessen, Hohenstaufenstr. 14, 6000 Frankfurt 1

BROSCHÜRE AUS DER ARBEITSWELT

"Wir sind eine Reihe von Leuten (meist Techniker), die sich seit mehreren Jahren mit der Problematik "Arbeiterkämpfe und technologische Entwicklung" mehr oder weniger kontinuierlich beschäftigen. Seit einigen Monaten ist ja nun auch im ID mal wieder häufiger etwas über Auseinandersetzungen im Betrieb zu lesen. Das hat uns Mut gemacht, unsere lange geplante Broschüre "Humanisierung der Arbeit oder einfach anders leben" doch noch zu veröffentlichen. Sie umfaßt 58 Seiten und enthält unter anderem eine Diskussion mit Kollegen aus verschiedenen Betrieben (DAIMLER, PIERBURG, VOLVO, FORD).

Preis: DM 3,70, ab 4 Stück DM 3,50, für Buchhandlungen und Büchertische DM 2,- (ab 10 Stück)
Konto-Nr.: Rolf Thärichen, Postscheckkonto Berlin-West Nr. 174530-102_Stichwort Humanisierung
Adresse: Rolf Thärichen, Landshuter Str. 1, 1000 Berlin 30

DIE ENTLASSUNG DER SONDERSCHULLEHRERIN GERLINDE FRONEMANN

GAGGENAU
2. August *Aus einem Flugblatt:*

Am 29. November 1977 erhielt Gerlinde Fronemann, Sonderschullehrerin an der Erich Kästner Schule in Gaggenau die fristlose Entlassung aus dem Schuldienst von Baden-Württemberg. Der Lehrerin wird DKP-Mitgliedschaft vorgeworfen. Gerlinde Fronemann, 30, ist seit 1971 im Schuldienst und arbeitet seit vier Jahren an der Sonderschule in Gaggenau. Gerlinde

Fronemann ist Mitglied des Ortsvorstands der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, GEW-Murgtal. Frau Fronemann ist seit 1970 Mitglied der GEW. Während der Sonderschulausbildung arbeitete sie im Vorstand der GEW-Fachgruppe Hochschule an der Universität Heidelberg. Zur selben Zeit war sie auch studentischer Vertreter in Abteilungs- und Fachbereichskonferenz im Institut für Sonderpädagogik. Ihre Ausbildung zur Sonderschullehrerin von 1972 - 1974 schloß sie mit der Gesamtnote 1,5 ab.

ENTLASSUNG NACH 7 JAHREN ERFOLGREICHER ARBEIT

Die schulpraktische Tätigkeit der Lehrerin wurde bei einem Schulratsbesuch mit sehr gut bewertet. Bei einem anderen Schulratsbesuch wurden ihr überdurchschnittliche Befähigung in der sonderpädagogischen Unterrichtsarbeit bescheinigt. Trotz dieser hervoragenden dienstlichen Beurteilungen durch die Vorgesetzten wurde Gerlinde Fronemann nicht zur Beamtin auf Lebenszeit ernannt, sondern fristlos entlassen. Die Begründung des Oberschulamts:

"... hat die Beschuldigte sich während ihrer Probezeit nicht bewährt (§ 38 Ziff. 2 LBG). Danach kann entlassen werden, wer sich als Beamter auf Probe in der Probezeit wegen mangelnder Eignung, Befähigung oder fachlicher Leistung nicht bewährt. Die fachlichen Leistungen der Beschuldigten werden im letzten Schulbesuchsbescheid mit der Note 'sehr gut - gut' beurteilt. Es mangelt ihr jedoch an der Eignung als Beamtin. Denn wer gegen die Pflicht zur Verfassungstreue verstößt, ist als Lehrer ungeeignet. Er trägt nämlich gemäß § 38 SchG als Erzieher der ihm anvertrauten Schüler im Rahmen der im Grundgesetz, der Verfassung von Baden-Württemberg und der im Schulgesetz niedergelegten Erziehungsziele die unmittelbare Verantwortung. Diese Forderung kann die Beschuldigte nach ihrem bisherigem Verhalten nicht erfüllen."

NICHT GEEIGNET? Dazu schreibt der Rektor der Erich Kästner Schule:

"... engagierte sich Frau Fronemann über den Rahmen ihrer unterrichtlichen Verpflichtungen hinaus in einer Weise, die schlechthin als vorbildhaft bezeichnet werden kann. ... Ihre Beliebtheit bei Elternschaft, Kollegium und Schülern resultiert letztlich aus dieser Haltung. Die Arbeit der Kollegin zeugt m.E. von einem bemerkenswerten pädagogischen Verantwortungsbewußtsein im Sinne der in unserem Bundesland vorgegebenen Erziehungsziele. Dieses Verantwortungsbewußtsein kann für mich nur aus einer positiven demokratischen Grundhaltung gedeutet werden."

Die Lehrerin hat gegen die Entlassung Widerspruch eingelegt. Dieser wurde Ende März vom Oberschulamt als unbegründet abgelehnt. Obwohl der Lehrerin nicht ein konkreter Vorwurf wegen verfassungsfeindlichem Verhalten oder Aussagen gemacht wird, obwohl es nur positive Aussagen und Belege über die Lehrerin gibt.

Entlassung nach 7 Jahren Schuldienst!

Einziger Grund: Frau Fronemann sei Mitglied der DKP, einer Partei, die nicht verboten ist. Gerlinde Fronemann ist heute noch Lehrerin an ihrer Schule. Das Oberschulamt hat bisher die Entlassung nicht vollzogen. Diese Lehrerin braucht ihre Unterstützung, damit die Kündigung nicht vollzogen wird und sie weiterhin Lehrerin bleiben kann.

Kontakt: Michael Anton, Hahnbachweg 31, 7562 Gernsbach

ZUR KANDIDATUR DER „GRÜNEN" ZUM HESSISCHEN LANDTAG

MARBURG 27. Juli *Von einem Bürgerinitiativler:*

OFFENER BRIEF
an

Euch alle: GLU, GLW, GAZ, und was es sonst noch gibt, an Daniel Cohn-Bendit, Wolfgang Truss, Alexander Schubart, Herbert Gruhl und die übrigen Schauspieler

Jetzt reicht's!!!! Nun habe ich endgültig die Schnauze voll! Und, soweit ich es überblicken kann wahrscheinlich nicht nur ich allein. Ichschreibe jetzt hier einen polemischen, wütenden Brief, man möge es mir verzeihen, aber ich bin nun zur 'sachlichen' Diskussion nicht mehr in der Lage und auch nicht mehr bereit.

Was meint ihr eigentlich, wer ihr seid? "Grüne" Parteien zu bilden, Repräsentanten der Umweltbewegung sein zu wollen, die Ökologie-Bewegung organisieren zu wollen, gar deren Spitze zu sein, all das ist eine unverschämte Anmaßung! Merkwürdigerweise macht da nämlich kaum eine Bürgerinitiative mit, jedenfalls nicht in Hessen!

Angesichts dieser Tatsache ist euer Bekenntnis zur Basiskemokratie ein reines Lippenbekenntnis. Würdet ihr das nämlich wirklich ernst nehmen, dann würdet ihr die Entscheidung der BIs bei euerm Spielchen nicht mitzuspielen akzeptieren, würdet stattdessen wieder oder auch zum ersten Mal bei dieser Bewegung wirklich mitarbeiten (zu tun gibts allemal genug). Stattdessen stülpt ihr uns etwas über, was wir gar nicht wollen und setzt uns unter Zugzwang. Das ist durch und durch undemokratisch. Wir brauchen keine Führer und solche wie euch erst recht nicht. Wir lassen uns nicht instrumentalisieren, weder von KB-Leuten (warum treten die eigentlich nie unter ihrem eigentlichen Namen auf, sondern starten irgendwelche U-Boote, Bunte Liste, GLW, BI etc.?) noch von Öko-Reaktionären wie Gruhl, noch von Spontis mit wieder aufkeimender revolutionärer Ungeduld noch sonstwem!

Aber damit noch nicht schlimm genug, nicht nur, daß Ihr Anmaßungen betreibt, und nicht ehrlich auftretet, sondern die Leute verarschen wollt, dies ist dazu noch ausgesprochen destruktiv. Denn Euer Schauspiel mit Spaltung, Wiedervereinigung, neue Spaltung, Abwahl, Rücktritt etc. (man könnte fast darüber lachen, wenn's nicht so traurig wär') gibt den Massenmedien einen willkommenen Anlaß, und mit Ihnen den Regierenden, AKW-Betreibern und Menschen-Schindern die ganze Umweltbewegung lächerlich zu machen, zu diskreditieren und zu diffamieren. Schon jetzt habt Ihr mehr Schaden angerichtet, als Ihr der Bewegung nützen könntet.

Da strampelt man sich jahrelang ab eine Bewegung aufzubauen, Informationen zu verbreiten, Bewußtsein entstehen zu lassen und seinen Beitrag dazu zu leisten, diese schöne Welt vor der totalen Zerstörung zu bewahren durch Profithaie und großmachtsüchtige Atommanager, und dann kommen ein Haufen Politkarrieristen her und wüten, wie die Elefanten im Porzellanladen.

Ich kann Euch nur sagen, ich mein', Ihr habt nichts, aber auch gar nichts begriffen, besonders Danni C.B. hatte ich bisher anders verstanden. Um es noch einmal klar zu sagen: Gesellschaftliche Veränderung läßt sich nicht von oben organisieren!, egal, auch wenn man's noch so gut meint.

„Das heißt: die Aktion zur Befreiung der Unterdrückten muß sich jeder, aber auch jeder Übernahme nekrophiler Herrschaftstechniken enthalten. Fütterung, Besetzung, Manipulation ... zerstören die Freiheitsmöglichkeiten des Volkes, auch wenn die Manipulatoren revolutionäre Ziele proklamieren. Revolution mit manipulativen Mitteln erzeugt mit Sicherheit deren konterrevolutionäre Entartung." Zitat aus dem Vorwort zu Paolo Freires 'Pädagogik der Unterdrückten', von Ernst Lange.

Also, gründet Parteien, soviel Ihr wollt, aber nicht im Namen und unter dem Deckmantel der Umweltbewegung, also nicht "grün".

Diese läßt sich wie man sieht, auch gar nicht auf **ein** Konzept festlegen. Beispiel aus der Diskussion in unserer BI:

A.: Die Bewegung der BIs ist noch nicht so weit, um sich als Partei zu etablieren.

B.: Nein, im Gegenteil, sie ist schon viel weiter, deshalb **braucht** sie keine Partei!

So, jetzt fühle ich mich besser. Hoffentlich kriegen's die Leut' auch zu lesen, wenn nicht, dann habe ich's wenigstens versucht. Ich bin gespannt auf die Antworten.

Helft uns lieber, uns den Atommüll vom Hals zu halten! Ihr macht Euch und leider damit auch uns alle nur lächerlich.

Trotzdem mit lieben und solidarischen Grüßen

Harald, ein BIler aus Marburg

SCHON WIEDER POLITKARRIERISTEN IM GRÜNEN GEWAND!

MARBURG 29. Juli *Bericht vom Landesparteitag der "Grünen Aktion Zukunft" in Marburg am Samstag, 29.7.78*

Schon der Beginn war vielsagend: Ein Mitglied der BI gegen AKW's Marburg wollte als Beobachter eingelassen werden. Dies wurde abgelehnt mit der Begründung, nur Mitglieder der GAZ hätten Zutritt.

Am Abend dann (19.30) fand eine Pressekonferenz statt vor allen Presse- und Fernsehleuten (3 Kamerateams), bei der der ganzen Umwelt- und Bürgerinitiativbewegung ein Schlag ins Gesicht nach dem andern versetzt wurde. Zunächst ist zu sagen, daß dieser ganze Verein überhaupt nichts mit den BI's zu tun hat. Der einzige aus dem fünfköpfigen Vorstand, der in einer BI mitarbeitet, ist ein Herr Freudenberger (BI gegen Mülldeponie in Grube Messel). Dieser vertrat aber auch gleich die Ansicht, alle außerparlamentarischen Aktionen hätten keinen Sinn, nur eine Grüne Partei wie die GAZ könnte etwas erreichen. Dem stellen wir entgegen: Schon heute wurde von den BI's viel erreicht, und nur mit einer Verbreiterung eben dieser Bewegung werden wir die systematische Zerstörung unserer Umwelt verhindern können. Des weiteren wurden folgende Ansichten vertreten:

Hees (Vorsitzender Hessen, Rechtsanwalt) meinte, **die meisten BI's bestünden ja doch nur aus ein paar Leuten und könnten deshalb gar keine Bewegung repräsentieren.** Sein Kollege Freudenberger stellte sich die Zusammenarbeit mit den BI's so vor, daß diese ihre Wünsche den Herren vorbringen dürfen, sobald diese im Landtag sind. Weiter wurde die GAZ als "Sprachrohr der BI's" bezeichnet. - Unverschämter geht es wohl nicht mehr. Erst gründen sie ihre Partei ohne die BI's, verwehren den Zutritt und beanspruchen dann die Funktion, Sprachrohr der BI's sein zu wollen. Auf die Fragen, wie sich der in Marburg ansässige Herr Dr. Hees bisher aktiv in der Umweltbewegung engagiert habe, gab dieser eine Antwort, aus der nichts zu entnehmen war, was auf eine aktive Mitarbeit schliessen ließe. Als weiteres Beispiel die Frage, wie sich die Partei eine Verhinderung der geplanten Atomfabrik in Gorleben vorstelle, vorausgesetzt, sie bekäme 10 % der Sitze im Landtag bzw. Bundestag. Die Antwort hieß schlicht und einfach, Wunder dürfe man von ihnen natürlich nicht erwarten. Somit bleibt wieder die außerparlamentarische Arbeit als Mittel zur Verhinderung - oder soll gar die WWA in Gorleben überhaupt nicht verhindert werden? Die GAZ will angeblich einen "ganz anderen Wahlkampf" machen als die etablierten Parteien - der von 2 Werbeagenturen getragen wird! Auf die Frage, woher das Geld komme, hieß es: Darüber spricht man nicht.

Das Eingehen von Koalitionen will die GAZ von Sachfragen abhängig machen. Welche, wurde nicht gesagt. Da wir aber wissen, daß sich alle andern Parteien für die Atomkraft ausgesprochen haben, fragen wir uns: Welche fadenscheinigen Kompromisse bezüglich Atomkraft kann man überhaupt machen?

Frau Lehnert (Hausfrau) freute sich, daß hier endlich mal eine Frau im Vorstand sitzen dürfe. Es war ihre einzige Aussage an dem Abend. Besser konnte sie ihre Alibifunktion nicht darstellen.

Es stellte sich heraus, daß die GAZ überhaupt keine Ahnung von den Umwelt- und Strukturproblemen in Nordhessen hat. Das muß man sich mal vorstellen! Die angeblich so ökologisch orientierte GAZ hat keinen blassen Schimmer von dem, was sie vertreten will! Angesichts dieser Tatsache aber scheint die Motivation dieser Herren (und einer Frau, bei 23 Listenkandidaten) sehr fragwürdig. Wir meinen, daß sie nur auf dem Rükken der Umweltbewegung Karriere machen und phrasendreschend in den Landtag einziehen wollen. Wir fordern alle Basis - und BI-Bewegungen auf: verhindert dies!

Distanziert Euch öffentlich von der GAZ!

Versucht weiter, deren Machenschaften zu enthüllen!
Wir wollen nicht in die Parlamentarische Sackgasse geraten, an deren Ende wir wieder BI's gründen müssen!

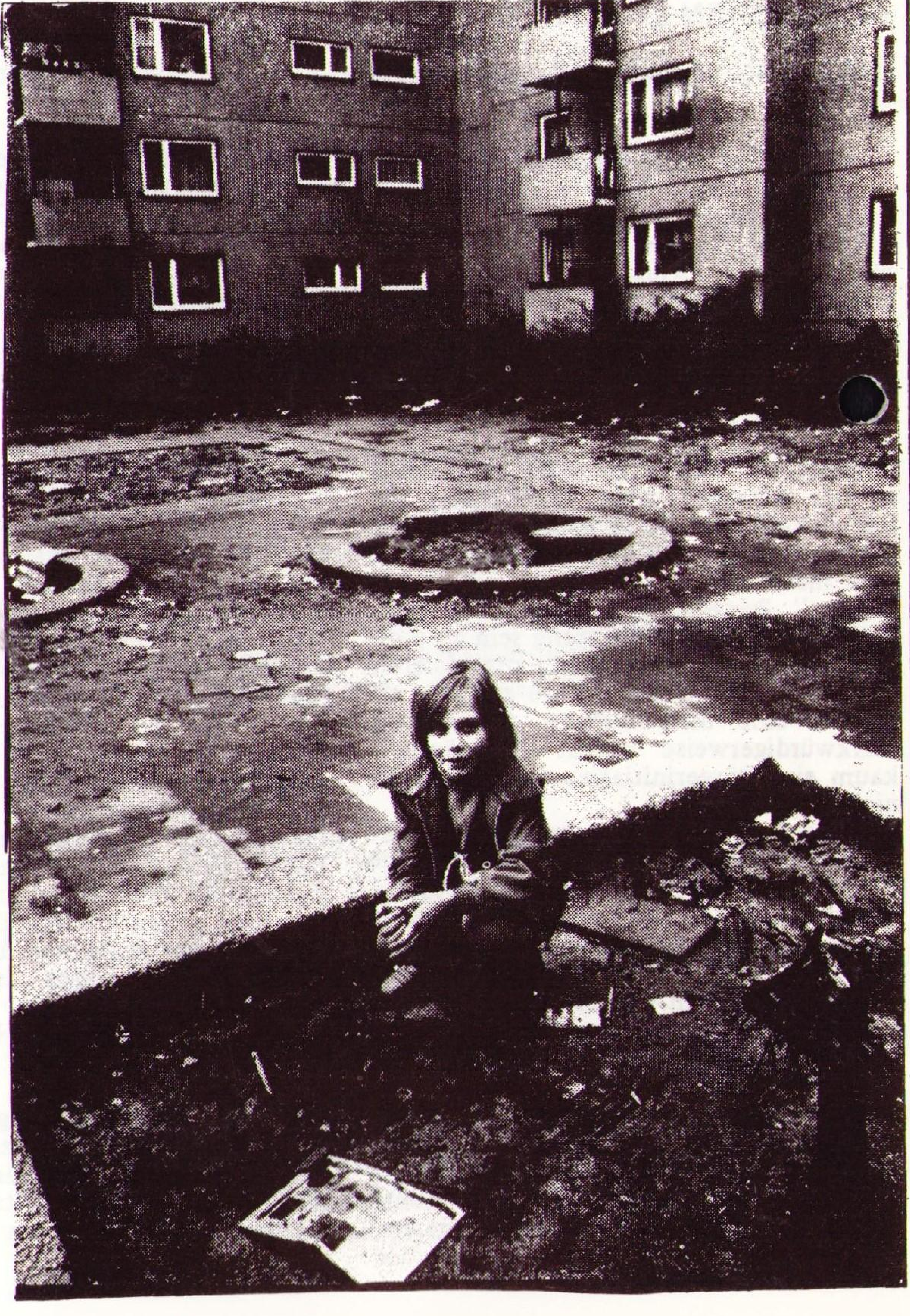
Wir, die Bürgerinitiative gegen Atomkraftwerke Marburg (BIgAM) sind überzeugt, daß, um eine Umweltzerstörung zu verhindern, eine politische Bewegung nur von der Basis, d.h. den BI's ausgehen kann.

Möchtegern- Ministerpräsidenten - Nein danke!
Keine Polit-Karrieristen in Hessen und auch nicht anderswo!
Die Öffentlichkeits-Arbeitsgruppe der Bürgerinitiative gegen Atomkraftwerke Marburg

Kontakt: Heidrun Pfeffer, Wehrdaer Weg 34, 3550 Marburg

SOZIALPOLITISCHE AKTION CONTRA ‚BIG-MONEY'-STADTENTWICKLUNGSPLANUNG

DARMSTADT 1. AUGUST Verschiedene Gruppen, die vor- oder nachschulische Hilfe für deutsche und ausländische Kinder in Darmstadt geben, begannen im Juni verstärkt auf ein bestimmtes, stadteigenes Haus im Sanierungsgebiet ‚Martinsviertel' öffentlich und in Briefen an die zuständigen Dezernenten hinzuweisen. Sie forderten dieses ehemalige Industriegebäude (Keller, drei Stockwerke, alles in allem riesig groß!) zur Ausdehnung und Verstärkung ihrer Arbeit für ausländische und deutsche Jugendliche und Erwachsene. Das Haus sollte ein



Nationalitäten und Generationen zusammenbringendes Stadtteilzentrum wer den, mit Bastel- und Werkstätten ebenso wie mit Tee- und Musikzimmern. Es kam anders, das Haus wurde in einer Nacht- und Nebelaktion abgerissen, gerade als auch die örtliche Presse anfing, die Pläne der Gruppen zu verbreiten. Wenn die ‚Offiziellen' damit die Diskussion über Darmstadts Entwicklung stoppen wollten, so haben sie ihr Ziel nicht erreicht, im Gegenteil! Die Gruppen fordern vielmehr sofortigen Ersatz für das abgerissene Haus, sie werden jetzt enger zusammenarbeiten, z. B. auch ihre Probleme in den Wahlkampf tragen (in Hessen wird am 8. 10. der Landtag gewählt, eine ‚Grüne Liste' kandidiert!), ebenso wird im September das erste ‚Tatblatt, Echo Darmstädter Bürger' erscheinen, eine Basisinitiativen-Nachbarschaftszeitung.

Die Brisanz dieses Häuserkampfes liegt in der offiziellen Stadtplanung für Darmstadt begründet: es soll zum Einkaufs- und Industriezentrum Südhessens gemacht werden, dafür wird eine Autobahn quer durch ein altes Viertel gebaut werden (die Osttangente) der letzte Teil der alten Innenstadt weicht dem Einbahn-Innenstadtring (kreuzungsfreies Fahren!), nach der Altbauviertel-Sanierung können dort auch nur noch Mittelschichtler wohnen, um die Stadt wird ein Autobahnring gelegt, der den letzten Wald dann entgültig von der Stadt abschneidet (bisheriger Slogan Darmstadts: die Großstadt im Walde!), es folgen die Trabantenstädte samt Industrieanlagen für das Proletariat. Um in diese Entwicklungsdynamik zugunsten der Darmstädter Dorfbevölkerung einzugreifen, die auch weiterhin (oder in Zukunft) in Darmstadt wohnen und arbeiten will, entstand die ‚Projektgruppe alternative Entwicklung'. Diese Gruppe besteht zum größten Teil aus Nicht-Studenten, deren Lebensperspektive ist, zusammen zu wohnen und zu arbeiten, selbstbestimmt und bei Beachtung ökologischer Notwendigkeiten. Um der Bevölkerung die aktive Teilnahme am Gestaltungsprozeß ihrer Umwelt näherzubringen, ist ab September 78 bis August 79 geplant, das „erste Jahresprogramm der Darmstädter Nachbarschaftsuniversität — für alternative Entwicklung" durchzuführen. Das soll bedeuten, anhand der „Liste der zu untersuchenden Sachbereiche für die U. N. Konferenz über Wissenschaft und Technologie für Entwicklung — UNCSTD 79" Arbeitsgruppen zu bilden, die Sachbereiche wie ‚Behausung', ‚Gesundheit' etc. in ihren örtlichen Zusammenhang untersuchen und durch ständige Gespräche miteinander auch zu praktischen Aktionen kommen. Denn: noch fehlen uns die Häuser, obwohl sie dastehen, in der Stadt. FÜR EIN ANDERES LAND AUF DEMSELBEN GELÄNDE: DER START IST IMMER: HIER UND JETZT

„community action Darmstadt" Kontakt: schupo c/o SKA e. V., 61 Darmstadt, Frankfurterstraße 10. (der gesamte „community action in Europe"-Newsletter in deutscher Sprache kann bei ASH-Bonames, Ffm, am Burghof 20, angefordert werden! DO IT!

Noch eine kleine Neuigkeit zum Quattara-Projekt erinnert euch: der Plan einen Kanal vom Mittelmeer zu einer Senke in der ägyptischen Wüste mittels Atombomben zu sprengen): Als sich Herr Sadat und Herr Kreisky und wohl auch Herr Brandt und andere Leute letztlich in Wien trafen, wo ja auch der Sitz der Internationalen Atom-Energie-Kontroll-Behörde (IAEA) ist, kamen sie überein, den österreichischen Atommüll in der ägyptischen Wüste endzulagern (vgl. FR vom 10. 7. 78) Sososo, was könnte das anderes sein als das Baumaterial für die Atombomben des Quattara-Projekts. Amerikanische Wissenschaftler haben längst herausgefunden, daß Atommüll zur Herstellung von Atombomben genutzt werden kann. Das könnte denen so passen, daß keiner achtgibt und ihre Pläne rechtzeitig kritisiert. Das tun wir doch, oder nicht! Besser heute aktiv als morgen radioaktiv! Stop die Atomtechnologie!!

GORLEBEN — KONZEPT FÜR DEN WIDERSTAND

LÜCHOW 15.7. *Brief an alle Atomgegner, unterzeichnet von: Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg, Arbeitsgemeinschaft Bürgerinitiativen Lüneburger Heide, Bürgeraktion Küste, Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz*

Liebe Freunde!

Wie Ihr alle wißt, stehen mit den Tiefbohrungen im Salzstock von Gorleben die entscheidenden vorbereitenden Maßnahmen zum Bau einer Wiederaufbereitungsanlage und einer zentralen Atommülldeponie in der Bundesrepublik kurz bevor . . .
Gorleben ist der entscheidende Baustein im ganzen System der Atomwirtschaft, insbesondere im Hinblick auf den Eintritt in das Plutioniumzeitalter mit seinen Schnellbrutreaktoren. Mit Gorleben steht und fällt das Atomprogramm und die Wirksamkeit unseres Widerstandes dagegen.
Für uns ist der Bohrbeginn gleichbedeutend mit dem Baubeginn. . . . Das bedeutet, daß die Anti-AKW-Bewegung sich schnell und solidarisch auf ein Widerstandskonzept einigen muß. . .

Vorschlag zu einem Konzept:

1. Direkte, dezentrale und gewaltfreie Aktionen in der ganzen Bundesrepublik sofort nach Bekanntwerden des Bohrbeginns . . . Der Aktionstag Gorleben vom 30.6. kann dazu als Modell dienen...
2. Dezentrale Großdemonstration am zweiten Sonntag nach Bohrbeginn.
   Zu diesem Zeitpunkt soll noch keine zentrale Demonstration stattfinden aus verschiedenen Gründen wie ungünstige geographische Lage und Angst der Bevölkerung vor Großdemos. Im Konzept werden sechs Orte für dezentrale Demos vorgeschlagen:
   1) Gorleben, für die örtliche BI, Berlin
   2) Brokdorf, für Hamburg, Schleswig-Holstein, Dänen, Bremen
   3) Kalkar, für NRW, Holland, Münsterland
   4) Borken (geplantes Zwischenlager) oder Biblis, für Hessen, Südniedersachsen
   5) Whyl, für badisch-elsässische BI's und Schweiz
   6) OHu, für bayerische BI's und Österreicher

   Flankierend dazu sollten wenn möglich an allen Orten am gleichen Tage kleiner Aktionen stattfinden . . .
   Voraussetzung für diese Phase 2 ist, daß die regionale Koordination schnell und unbürokratisch klappt. Hierzu sind die regionalen Verbände aufgerufen.
3. Zentrale europäische Kundgebung und Demonstration ... Ob diese Demonstration in Gorleben selbst oder vielleicht in Hannover stattfindet, muß noch diskutiert werden...
   Soweit unser Vorschlag. Diskutiert ihn, entscheidet euch bald, es eilt. Wenn ihr euch dem Vorschlag anschließt - und wir bitten euch sehr darum, - bringt die regionale Koordination selbständig an und gebt uns über den Stand unbedingt Nachricht an:

Marianne Fritzen, Waldwinkel 1, Kolborn, 3131 Lüchow Tel. 05841/2386
Martin Mombauer, Bildungszentrum, 3139 Göhrde 2, Tel. 05856/249
Peter Willers, Bückeburger Str. 50, 2800 Bremen 1, Tel. 0421/493106

SOMMERCAMP IN GARTOW

GARTOW/GORLEBEN
31. JULI

Am Sonntag, 31. 7. hat auf dem Schützenplatz in Gartow das zweite internationale Sommercamp der Atomkraftgegner begonnen. Bei herrlichem Wetter sind am ersten Tag schon fast 200 Leute aus fast allen Teilen der BRD und Westberlin eingetroffen. Alle die noch zögern, sollen einfach kommen. Die Adresse ist:

Internationales Sommercamp, Am Schützenplatz, 3136 Gartow/Elbe, Telefon: 05846 / 923 oder 1923

ATOMZENTRUM IN NORDHESSEN?

BORKEN/MARBURG
Juli 78

Die deutsche Atomindustrie will im Verein mit der Bundes- und der hessischen Landesregierung in Borken (zwischen Marburg und Kassel) so schnell es geht ein Atomkraftwerk und vor allem ein Zwischenlager für Atommüll (abgebrannte Brennelemente aus Atomkraftwerken) errichten. Marburger Bürgerinitiativen berichten in einer Extraausgabe ihres "Nordhessischen Umweltboten" darüber:

Aus sicherer Quelle war zu erfahren, daß die Kraftwerkunion (KWU) schon Pläne für ein Zwischenlager fertiggestellt hat und nun die Auftragserteilung von Seiten der DWK (Deutsche Gesellschaft zur Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen) erwartet. Das Zwischenlager soll eine Kapazität von 1500 t haben, das ist die 40 - 50 fache Menge dessen, was in einem heute üblichen Atomkraftwerk pro Jahr anfällt.
Nur wir, die Bevölkerung Nordhessens, werden nicht gefragt, na nicht einmal das Genehmigungsverfahren soll öffentlich sein. Und das, obwohl vielfältige Gefahren für ganz Nordhessen entstehen,
Wir sehen nicht ein, warum wir das Risiko tragen sollen, das die Atomindustrie geschaffen hat. Denn sie betrieb jahrelang Atomkraftwerke, ohne zu wissen, was mit dem Atommüll geschehen soll. Nun herrscht großer Zeitdruck, denn ab 1982 ist nirgends mehr Platz dafür, und die Bauzeit eines Zwischenlagers beträgt 4 Jahre. Die Atommüllproduzenten werden nicht warten, darum müssen wir schnell handeln und brauchen Ihre Unterstützung.
Wir wollen keinen Atommüll in Borken!
UND AUCH KEIN ATOMKRAFTWERK,
weder in Borken noch anderswo, denn da kommt der Atommüll ja her.

Weiter gehen die Marburger in ihrer Zeitung auf die besonderen Gefahren der Lagerung von Atommüll ein und fordern zur Unterstützung ihrer Arbeit zu Spenden auf:

Wir, die Bürgerinitiativen, werden im Gegensatz zur Atomindustrie nicht mit Steuergeldern unterstützt.

- Wenn Sie nicht wollen, daß 2 Jahre lang jeden Tag ein Transport mit Atommüll durch Nordhessen fährt
- Wenn Sie nicht wollen, daß in Borken soviel Radioaktivität lagert, wie einige tausend Atombomben vom Hiroshima-Typ zusammen bei ihrer Explosion erzeugen würden
- Wenn Sie sich und Ihre Kinder vor radioaktiver Verseuchung und Strahlenkrebs schützen wollen

dann helfen Sie uns, unser Recht auf Gesundheit und Sicherheit vor Gericht einzuklagen. Spenden Sie auf das Rechtsschutzkonto der Bürgerinitiative Borken: Stadtsparkasse Borken, A. Lanzendorf, Ktnr. 3996. Denn ohne eine gewisse finanzielle Sicherheit können auch die betroffenen Bürger in Borken nicht klagen. Deshalb brauchen wir, wahrscheinlich schon bis zum Herbst 50.000 DM. Helfen Sie uns damit es auch in 5 Jahren noch heißt: KEIN ATOMMÜLL IN BORKEN!

Kontakte: Bürgerinitiative gegen Atomkraftwerke Marburg, Treff: 19.00, Kulturladen, Donnerstags, c/o Ursula Rudolph, Thüringerstr. 5, Tel. 06421/83136
Bürgerinitiative Umweltschutz Marburg e.V., Treff: Freitags, 19.00 Hansenhaus Links, c/o Jürgen Seide, Friedrichsplatz 9, Tel.: 06421/22690

DAS NETZ VON "RADIO VERTE" SOLL DICHTER WERDEN

FREIBURG
31. Juli

Presseerklärung von "Grünes Radio Fessenheim":

Am vergangenen Wochenende (22./23. Juli) trafen sich zwischen Vogesen und Schwarzwald die örtlichen Gruppen ("Antennen") des freien Senders "Radio Verte Fessenheim/Grünes Radio Fessenheim", um über ein Jahr Öffentlichkeitsarbeit Bilanz zu ziehen. Seit der Mast-Besetzung im elsässischen Heiteren beim AKW Fessenheim gibt "Radio Verte Fessenheim" jeden Samstagabend auf UKW 101 Megahertz der Bevölkerung im Dreyeckland (Baden/Elsaß/Nordschweiz) die Gelegenheit, ohne Zensur zu Wort zu kommen.

Thema der Sendungen sind nicht nur das neue Atomkraftwerk Fessenheim mit seinen vielen Störfällen, sondern auch die vielen "kleinen" Ereignisse und Konflikte in der Grenzregion, die in den Großen Nachrichten keine Beachtung finden.

Bei dem Treffen der Antennen wurde beschlossen, nach der Sommerpause (Juli/August) allwöchentlich eine zusätzliche Sendung mit kulturellen Beiträgen auszustrahlen. Als weitere Möglichkeit, wichtige Regional-Meldungen rund um die Uhr unter die Leute zu bringen, ist ein grenzüberschreitender Telefon-Informatiosndienst geplant.

Radio Verte Fessenheim ist schriftlich zu erreichen über:
RVF c/o Jos Fritz, Wilhelmstr. 15, 7800 Freiburg

KATASTROPHENPLAN FÜR DAS AKW ESENS–HAMM

BREMEN
27. Juli

Die Bremer Bürgerinitiative gegen Atomenergieanlagen hat den am 4. Juli 1978 geklauten Katastrophenschutzplan (siehe auch ID 238) zusammen mit anderen Initiativen jetzt in Buchform veröffentlicht. Sie schreiben dazu:

Der Katastrophenplan wurde am 4. Juli 78 von einer Trotzalledem-Gruppe aus dem Gesundheitsamt einer kleinen Stadt in der Nähe des AKW's geklaut. Eine Kopie wurde sofort an etwa 30 Zeitungen und Rundfunksender verschickt. Am Montag, den 24. Juli wurde er dann gedruckt und kommentiert veröffentlicht. Rundfunk und Fernsehen waren mit dabei, vielleicht haben einige von euch etwas davon mitgekriegt.

HUNGERSTREIK DER ATIF UND ATÖF IN FRANKFURT

FRANKFURT 31. Juli *A.T.I.F.: Föderation der Arbeiter aus der Türkei in der BRD e.V. A.T.Ö.F.: Föderation der Studenten aus der Türkei in der BRD e.V.*

Aus einer Presseerklärung des Hungerstreikkomitees:

Durch einen Beschluß des Ministerrates der Republik Türkei ist die Einfuhr des Organes der ATIF, 'Baski ve Sömürüye darsi MÜCADELE' ('KAMPF gegen Unterdrückung und Ausbeutung') in die Türkei und der Verkauf in der Türkei verboten worden.

Die Zeitung MÜCADELE wird in Westberlin gedruckt. Sie wird gemäß der Pressegesetze der BRD redigiert und vertrieben und erscheint einmal monatlich.

Die Zeitung MÜCADELE erscheint im Rahmen der Programms der ATIF und vertritt die Ansichten der ATIF.

Das Einfuhrverbot der Zeitung MÜCADELE in die Türkei schafft gleichzeitig eine Grundlage dafür, die ATIF zu kriminalisieren. Der westdeutsche Staat hat die ATIF etliche Male angegriffen. Es gibt kaum einen Mitgliedsverein der ATIF, der noch nicht der Unterdrückung des westdeutschen Staates ausgesetzt war. Gleichzeitig unterdrückt der westdeutsche Staat die Mitgliedervereine der ATÖF. Diese Unterdrückung betrifft auch die anderen fortschrittlichen einheimischen und ausländischen Organisationen. Wie bekannt sind die fortschrittlichen Organisationen der Palästinenser, GUPS und GUPA, verboten worden, und ihre Mitglieder verhaftet und ausgewiesen.

Der westdeutsche Staat benutzt bei verschiedenen Festnahmen die Begründung 'Gefährdung der Beziehungen zu einem befreundeten Staat'. Das Verbot der Zeitung MÜCADELE in der Türkei gibt dem westdeutschen Staat die Gelegenheit, eine solche Begründung zu benutzen, und ist damit Vorbereitung neuer Angriffspläne auf die ATIF.

Die ATIF hat 18 Mitgliedervereine, in denen ungefähr 2000 fortschrittliche Arbeiter aus der Türkei organisiert sind.

Die Zeitung MÜCADELE hat eine Auflage von 7000. Davon werden ungefähr 500 Stück in die Türkei geschickt, 500 werden außerhalb der Türkei und der BRD gelesen.





Der Bundesverband Umweltschutz, die Bremer Bürgerinitiative gegen Atomanlagen und die Bürgeraktion Küste forderten dabei:

- Abriß des AKW Esenshamm
- Rücktritt von Niedersachsens Sozialminister Schnipkoweit und den von Oberkreisdirektor Bernhardt
- Veröffentlichung des Katastrophenplans von Bremerhaven (für Bremen soll es noch keinen geben, obwohl es nur 50 km Luftlinie von Esenshamm entfernt liegt!).

Zum Plan selbst:
Er ist mit einem fünfseitigen Briefwechsel wegen nichtvorhandener Jodtabletten 117 Seiten dick.
Er ist von uns kommentiert worden. Das daraus entstandene Buch ist wie folgt aufgebaut: Die ersten 55 Seiten sind Erklärungen von uns zur Veröffentlichung, Pressemeldungen zur Veröffentlichung, Alternativer Katastrophenplan (zum Schutz), Geschichte "Der Tod von Esenshamm" und Liedtexte zum Plan.
Von Seite 55 - 178 ungekürzter Abdruck des Plans von uns mit Illustrationen aus Strahlenschutzbüchern und Zeitungsmeldungen illustriert und aufgefrischt.
Die letzten 3o Seiten sind eine Dokumentation über die Bemühungen und Aktionen der Bürgerinitiativen zur Durchsetzung der Veröffentlichung und im Gegensatz dazu die Versuche der NWK und Behörden, dies zu hintertreiben und eine Katastrophe als "weniger möglich als einen 3. Weltkrieg" hinzustellen.

Das Buch hat also über 2oo Seiten. Es kostet im Einzelverkauf 5,00 DM, ab 10 Stück 4,5o DM. Vom Erlös werden 50 Pfennige je Exemplar zur Unterstützung verfolgter Atomkraftgegner verwandt. Die Bezahlung läuft über Vorauskasse, wobei das Porto noch dazukommt!
Zu beziehen ist es über:
Margarete Rickert, Postfach 102223, 28 Bremen 1.
Kontonummer: 20177386oo bei der Bank für Gemeinwirtschaft (BfG), 28 Bremen 1.

ERMITTLUNGSVERFAHREN WEGEN KRITIK AN DER ATOMJUSTIZ

BIELEFELD
28. Juli

Helmut Ostermeyer ist Familienrichter am Amtsgericht Bielefeld. Er war Außerdem Dozent an der Uni. Dort wurde seine fachliche Qualifaikation schon letzten Herbst bezweifelt, nachdem er sich kritisch zu Atomkraftwerken geäussert hatte. Nach seiner Kritik an der Atomjustiz läuft auch ein Ermittlungsverfahren gegen ihn.

Liebe Freunde,

auf dem Flugblatt zur Hamburger Knastveranstaltung vom 7.4. sind die folgenden Worte abgedruckt:

"Der Strafvollzug ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Spätere Geschlechter werden die Zellen unserer Strafanstalten mit demselben Entsetzen betrachten wie wir mittelalterliche Verliese und Folterkammern."

Diese Worte stammen aus dem Buch "Strafunrecht", das ich im Jahr 1971 im Carl Hanser Verlag erscheinen ließ. Sie sollen geeignet sein, den Verdacht einer Straftat nach § 90 a StGB (Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole) zu begründen. Die Staatsanwaltschaft Dortmund hat deshalb gegen mich ein Ermittlungsverfahren eingeleitet (10 Js 326/78).

Ich habe noch die weiteren Sätze geschrieben:

"Es besteht kein Anlaß, sich zu wundern, daß NS- und SS-Führer auf hohe Stellungen im Industriesystem umgesattelt haben oder Gestapoleute in den Verfassungsschutz ... Die, die das Wachstums- und Atomchaos ansteuern, sind die Chaoten ... Die Ideologie des Militärs ist genauso verlogen wie die des Strafvollzuges ... es baut Hemmungen ab und macht Töten schmackhaft."

Diese Sätze stehn in meinem Buch "Die Revolution der Vernunft" (Fischer Taschenbuch Nr. 6368). Bisher läuft ihretwegen noch kein Ermittlungsverfahren.

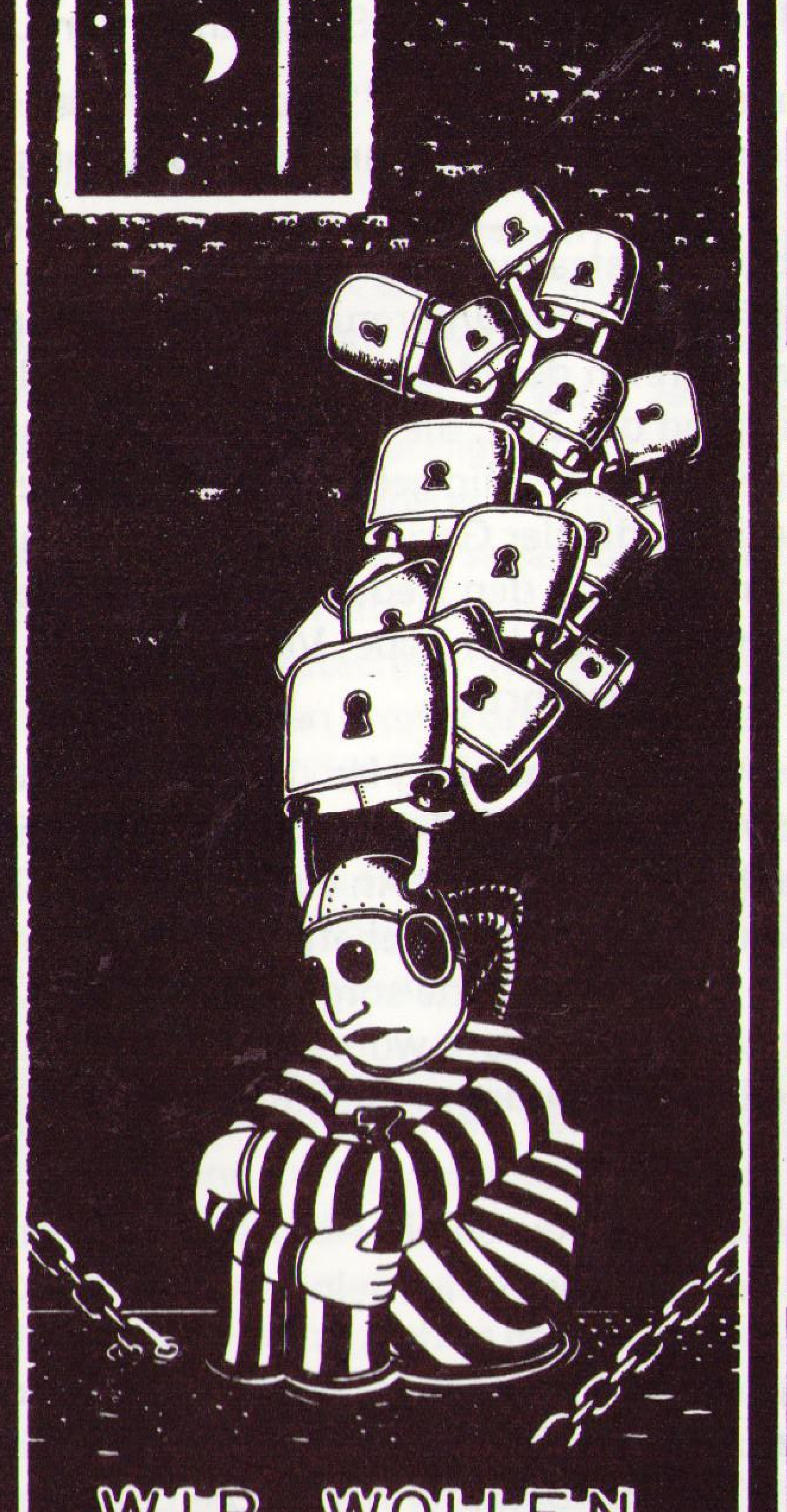
fahrlässiger Körperverletzung in zweiundzwanzig Fällen verhängte das Landgericht München gegen den technischen Leiter einer Reifenfabrik für Herstellung fahrunsicherer Reifen.

Man muß das nebeneinandersehen, um zu ermessen, was es bedeutet, wenn für die Teilnahme an einer Demonstration gegen das AKW Grohnde 12 und 22 Monate Freiheitsstrafe ohne Bewährung verhängt werden. Im Gegensatz zur Diktatur im Hitlerreich kann sich das Landgericht Hannover nicht auf zwingende Strafrahmenbestimmungen zurückziehen, denn das Strafmaß ist frei. Es gibt heute auch keine Eingriffe in die richterliche Unabhängigkeit, die das Strafmaß festsetzen oder auch nur beeinflussen können.

Die Kritik am Verfahren entzündete sich von Beginn an – die Strafanträge waren noch nicht gestellt – an der willkürlichen Auswahl der Angeklagten. Elf Atomkraftgegner sitzen stellvertretend für 30 000 Demonstranten auf der Anklagebank. Wie ist das mit dem Legalitätsgrundsatz zu vereinbaren, der die Staatsanwaltschaft verpflichtet, alle Straftäter zu verfolgen, und wie erst mit dem Gleichheitsgrundsatz? Auch vor dem schweizerischem Bezirksgericht in Rheinfelden waren nur 5 Demonstranten angeklagt. Das Gericht weigerte sich deshalb, das Verfahren zu eröffnen; nachdem es durch ein Übergericht dazu gezwungen wurde, rügte es die Ungleichbehandlung ausdrücklich und wertete sie strafmildernd. Das Landgericht in Hannover hat auf diese rechtsstaatlichen Grundsätze nicht gepocht.

Eines sollten wir uns merken, was der Vorsitzende gesagt hat, denn in das schriftliche Urtteil wird das kaum eingehen: Ein Notwehrrecht komme nicht in Frage, da die vorläufige Baumaßnahmen noch kein gegenwärtiger Angriff seien, aber "das könne eventuell die Inbetriebnahme sein". An diese Worte wird sich der Vorsitzende, wenn es soweit kommt, was wir nicht hoffen, ungern erinnern lassen. Aber wir wollen das festhalten,



mutung gilt, sahen bisher so aus: Umkleidung und totale körperliche Untersuchung des Gefangenen unter Einbeziehung aller Körperöffnungen vor und nach jedem Besuch; Untersuchung der Besucher – auch der Anwälte – unter entwürdigenden Umständen, Schikanen durch Vollzugsbeamte, die darin gipfelten, daß Besucher offen als "Sympathisanten" beschimpft wurden – mit gleichzeitiger Beschreibung dessen, was nach Ansicht des betreffenden Beamten mit diesen zu geschehen habe, Überwachung des "Gesprächs" durch LKA-Beamte, die jedes Wort mitschreiben und jede Bewegung mißtrauisch beäugen; Berührungsverbot, d.h. Unmöglichkeit für Gefangenen und Besucher, emotionale Bindungen aufrechtzuerhalten, Beschränkung der Gesprächsinhalte auf für Staatsschützer unverfängliche Themen, d.h. inhaltsleere, nichtsagende Gespräche, sofortiger Abbruch des Besuchs aus für den Gefangenen und die Besucher undurchschaubaren Gründen. ...

Die Einführung der Trennscheibe – sozusagen unter Ihren Augen von der Anstaltsleitung verfügt – stellt eine weitere Verschärfung dieser Entwicklung dar, an deren Ende nur noch die endgültige – zumindest psychische – Vernichtung der politischen Gefangenen steht. Für Sie, der Sie sicherlich ein Verfechter der staatlich verordneten "Selbstmord-Version von Stammheim" sind, können ja dann weitere "Selbst"morde in deutschen Gefängnissen keine Überraschung mehr sein.

Sie werden das alles sicherlich bestreiten und sogenannte "Sicherheits"-Erwägungen dafür ins Feld führen. Abgesehen davon, daß diese Logik den Gedanken hervorbringt, die größtmögliche Sicherheit gehe ja schließlich von toten Gefangenen aus, sind Regierung, Staatsschutz und all die anderen großen und kleinen Exekutivorgane bisher jeden Beweis schuldig geblieben, daß irgendwelche Gegenstände oder Informationen bei einem nach der bisherigen Methode überwachten Besuch ins oder aus dem Gefängnis gelangten . . . .

MÄRSCHE GEGEN ATOMKRAFTWERKE IN DÄNEMARK

KOPENHÄGEN 15. Juli *Die OOA (Organisationen til Oplysning om Atomkraft) nimmt den 33. Jahrestag des Abwurfs der ersten Atombombe (6. August 1945) zum Anlaß, zu Protestmärschen gegen Atomkraftwerke einzuladen. Die Märsche sollen stattfinden:*
auf Seeland von Stevns nach Kopenhagen vom 25. - 27. 8.78
auf Jütland von Gylling nach Arhus vom 26. - 27.8.78

Es besteht das Risiko, daß die Entscheidung über den Bau von Atomkraftwerken in Dänemark sehr bald fallen wird. Die Regierung und das Folketing müssen in diesem Jahr den Investitionsplan für die nächsten 20 Jahre vorlegen . . .
Die OOA, Organisation für Information über Atomkraftwerke, hat daher eine Kampagne gestartet, um eine möglichst große Mobilisierung im Rahmen einer Demonstration zu erreichen...
Wir wollen jedermann (frau) auffordern, sich zu beteiligen - auch Grüße sind willkommen.
Weitere Auskünfte erhältst du von uns, schreibe an:

Marchgruppen Gylling-Arhus, OOA Arhus, Nørregade 17, DK-8000 Arhus, Dänemark, Tel. 45-6-124544
Marchgruppen Stevns-Kopenhagen, OOAs Landessekretariat, Sindergade 26, DK-1159 Kopenhagen, Dänemark, Tel. 45-1-156332 oder 45-1-110973

Auszüge aus einem Aufsatz über die Atomjustiz:

Heute stehen Atomgegner vor den Schranken bundesdeutscher Gerichte. Es ist nicht statthaft, Parallelen zu ziehen zum Dritten Reich Vergleiche anzustellen. Wer das tut, ohne zugleich "den grundsätzlichen Unterschied zwischen der Diktatur des Hitlerreiches und der freiheitlich-demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes deutlich herauszuarbeiten", verletzt die Treue zur Verfassung. So die amtlich geäußerte Auffassung eines westdeutschen Landgerichtspräsidenten. Anscheinend also hat die Freie Demokratische Grundordnung es nötig, daß dieser Unterschied deutlich herausgearbeitet werden muß. ... Die Prozesse gegen Teilnehmer von Anti-AKW-Demonstrationen sind mit den Anklagen gegen elf Grohndedemonstranten vor dem Landgericht in Hannover in eine entscheidende Phase getreten. Die Anklagebehörde und ihr folgend das Gericht versuchen, mit drakonischen Strafen und Strafanträgen die Angeklagten stellvertretend für die gesamte Antiatomkraftbewegung zu kriminalisieren.... Zum Vergleich: Das Amtsgericht Itzehoe erließ gegen Brokdorf-Demonstranten Strafbefehl von einigen hundert Mark und setzte die Strafen auf Einspruch zum Teil herab. Das schweizerische Bezirksgericht in Rheinfelden verurteilte 5 Teilnehmer einer AKW-Bauplatzbesetzung — der Bauplatz von Grohnde ist am 19.3.77 nicht besetzt worden — wegen Hausfriedensbruch und Nötigung zu Geldstrafen von 700 bis 900 Franken. Das Landgericht Bielefeld verurteilte einen Bundestagsabgeordneten wegen Abbruchs einer Leitplanke zu DM 900,-- Geldstrafe. Das Landgericht Paderborn verurteilte einen Arzt zu 9 Monaten Freiheitsstrafe mit Bewährung für zwei Todesfälle durch Narkosefehler. 6 Monate mit Bewährung erhielten die Exorzisten in Würzburg für eine Teufelsaustreibung mit Todesfolge. Ein Jahr Freiheitsstrafe mit Bewährung wegen fahrlässiger Tötung in sieben und

wenigstens das, wenn es auch nicht viel ist, denn das Notwehrrecht ist schon eher gegeben. Wenn mich jemand erschießen will, darf ich mich wehren, wenn er die Pistole zieht, brauche ich nicht zu warten, bis er abdrückt. Die Errichtung des AKW ist auf die Inbetriebnahme gerichtet und bildet mit ihr zusammen einen einheitlichen Vorgang.

Heute haben wir ein politisches System, das von der Anlage her das freiheitlichste unserer Geschichte ist. Wir haben aber auch ein wirtschaftlich-industrielles System, das ausweglos in einen Wachstumszwang verstrickt ist, der in eine ökologische und menschheitliche Katastrophe mündet. Das wirtschaftlich-industrielle System umklammert das politische und zwingt es in seinen Dienst. In dieser Umklammerung kann das politische System seinen freiheitlichen Zielen nicht treu bleiben. Es wird gezwungen, sich den Wachstumszwängen unterzuordnen und die lebensfeindlichen Ziele des industriellen Systems zu verfechten.

Viele rätseln gern scheinheilig oder ehrlich über die Ursachen des Terrorismus. Was glauben wohl die hannoveraner Richter, auf welche Bahn sie junge Menschen stoßen, die sie zu langjährigen Freiheitsstrafen verurteilen und ihrer Lebenschancen berauben? Wie kann man noch guten Gewissens gegen Gewalt predigen, wenn das staatliche Gewaltmonopol zugunsten einer Interessenschaft mißbraucht wird, wenn der Staat die Rolle des neutralen Richters im Streit gesellschaftlicher Kräfte aufgibt und seine Machtmittel einer schlecht legitimierten Minderheit zur Verfügung stellt? Das staatliche Gewaltmonopol wird allein durch das Recht gerechtfertigt. Wenn der Staat den Boden des Rechts verläßt, erlischt sein Gewaltmonopol. Das ist kein Aufruf zur Gewalt, das ist ein Aufruf zur Besinnung und ein Hinweis auf geltendes Recht. Wer den Bogen überspannt, dem fliegen die Fetzen um die Ohren.

KEINE BESUCHE MEHR IM KNAST

FRANKFURT 26. Juli *Johannes Roos, der am 17.5.78 von der Anklage des Polizistenmordes freigesprochen wurde, (siehe ID 229, 230) ist damit nicht etwa aus der Haft entlassen worden. Johannes war verhaftet worden, weil er in einem geklauten Auto saß, gefälschte Papiere und eine Pistole bei sich hatte. Daraus schließt die Staatsanwaltschaft, daß er eine terroristische Vereinigung sei. Andere Mitglieder dieser Vereinigung konnte man ihm bisher aber noch nicht zuordnen. Trotzdem sitzt er wegen dieses Vorwurfes weiter in Untersuchungshaft. Unter anderem wird ihm unterstellt, er habe den Kardinal Höffner entführen wollen. Fünf Frankfurter, die Johannes im Gefängnis besuchen wollten, haben, als sie mit der berüchtigten Trennscheibe konfrontiert wurden, im Einverständnis mit Johannes Roos auf weitere Besuchsanträge verzichtet. Sie teilen dies in einem offenen Brief an den zuständigen Haftrichter Wagner mit. Wir drucken Auszüge aus dem Brief:*

Sehr geehrter Herr Wagner!

Die Leitung der JVA Köln-Ossendorf hat für Besucher bei dem Untersuchungsgefangenen Johannes Roos — gleichgültig ob Anwalts- oder Privatbesuche — spezielle Sprechzellen eingeführt, deren hervorstechendstes Merkmal eine Trennscheibe ist.

Von Ihnen, der Sie (zumindest auf dem Papier) für die Haftbedingungen dieses Gefangenen zuständig sind, fordern wir die sofortige Aufhebung dieser Maßnahme, die nicht nur jeder gesetzlichen Grundlage entbehrt, sondern auch eine unzumutbare Schikane und eine Verschärfung von Isolation und psychischer Quälerei des Gefangenen darstellt.

Wir stehen seit längerer Zeit in Kontakt mit Johannes Roos: Besuche bei ihm, für den ja — wie für alle Untersuchungsgefangenen in unserem freiheitlichen Staatswesen — die Unschuldsver-

Wir fordern Sie auf, allen Unterzeichnern umgehend eine neue Besuchserlaubnis auszustellen und darauf zu vermerken, daß der Besuch ohne Trennscheibe stattfindet und Umarmungen erlaubt sind.

Herbert Nagel, Christiane Laser, Jutta Böhme, W. Breuch, Petra Uckeley

Gleichzeitig wird auch der Verteidiger von Johannes Roos schikaniert. Rechtsanwalt Bernd Koch richtete inzwischen eine Beschwerde an den Präsidenten des Justizvollzugsamtes, in der er das Verhalten von zwei Vollzugsbeamten der Kölner Strafanstalt ihm gegenüber am 16. Juni, als er seinen Mandanten besuchen wollte, beschreibt. Rechtsanwalt Koch sollte die Hosen öffnen und verließ daraufhin die Haftanstalt, ohne Johannes gesehen zu haben. Am 29. Juli versuchte er wieder, seinen Mandanten zu sehen. Diesmal wurde er gefilzt während neben ihm ein Beamter mit Maschinenpistole stand und auf ihn zielte. Bernd Koch schreibt in einem Antrag, der sich gegen diese Maßnahmen richtet u.a.:

„Ich bin weder bereit, die dreiste Verdächtigung auf mir sitzen zu lassen, von mir gehe eine Gefahr aus, die nur mit gezückter Maschinenpistole zu bannen sei, noch bin ich bereit, meinen Beruf unter tendenzieller Lebensgefahr dieser Art auszuüben."



das Herstellen von Gegenöffentlichkeit im weitesten Sinne Werbung für sogenannte terroristische Vereinigungen ist, d.h. Gegenöffentlichkeit verbreitert den "Sympathisantensumpf".

Somit sei also das Drucken des "Info-Bug's", das Teil von Gegenöffentlichkeit ist, Werbung und Unterstützung im Sinne des § 129a.

Parallel dazu baut Staatsanwalt Feißel Gerdi als Haupttäter auf, sozusagen als Pförtner zum Untergrund, um einen Freispruch gar nicht in den Bereich des Möglichen kommen zu lassen. Gerdi habe während der Zeit, die er bei AGIT war, Verbindungen zur Roten Hilfe Westberlin gehabt. Außerdem seien handschriftliche Notizen, die der Gerichtsschrift"sach"verständige Koppe Gerdi zuordnet, in den Redaktionsräumen des "Info-Bug" gefunden worden und er habe Verhandlungen mit der Redaktion des Info-Bug geführt.

Bei der Verlesung des Info-Bug Nr. 150 mußte auch dem Gericht klar werden, daß die AGIT-Drucker das Info gar nicht oder nur flüchtig gelesen hatten. An eine Hungerstreikerklärung war ein handschriftlicher Zettel geheftet. Auf diesem stand: "Liebe AGIT's, druckt dies bitte sorgfältig!" Dieser Zettel ist nicht entfernt worden, sondern wurde mitgedruckt und verdeckt einen Teil der Erklärung, so daß diese nur zur Hälfte zu lesen war...

Um den Prozeß nicht durch die Absurdität der Anklage platzen zu lassen, verfolgt das Gericht eine etwas geschicktere Strategie.

Da die Anklage auf § 129a (Unterstützung einer terrorristischen Vereinigung) zunehmend brüchig wird, ziehen die Richter vorsorglich den § 27 StGB (Beihilfe) hinzu. Die Drucker brauchen sich gar nicht mit irgendwelchen Artikeln, die im Info standen, identifiziert zu haben, worauf die Staatsanwaltsschaft noch hinaus will. Sie müssen diese nur zur Kenntnis genommen haben, um damit den Tatbestand der Beihilfe erfüllt zu haben. Somit wäre ein Urteil gewährleistet. ...

Waltraud Siepert, die sich ebenfalls - wie auch Till Meyer und Andreas Vogel - im Hungerstreik befinden. (s.ID 240) Außerdem fordert er natürlich die Aufhebung der eigenen sozialen Isolation.

Zur Situation von Klaus:

Nachdem auf haftrichterlichen Beschluß auch der gemeinsame Hofgang mit (ständig wechselnden!) Gefangenen aufgehoben wurde, befindet sich Klaus in strengster Einzelisolation: Einzelhofgang, Einzelduschen, Wegschluß aller anderen Gefangenen, sobald er aus der Zelle geführt wird. Jeder menschliche Kontakt, die minimalste Verständigung mit anderen Gefangenen wird unterbunden. Das Fenster ist mit einem Fliegendraht versehen. Eben das ganze Arsenal von Maßnahmen, die in ihrer Kombinierung die Haftform der sozialen Deprivation ausmachen, die in allen Gutachten immer wieder als gesundheitszerstörend beschrieben wurde und über deren politisches Ziel alles gesagt ist. Zuständig für seine Haftbedingungen sind der Ermittlungsrichter Bräutigam, der unter Pseudonym in Springerblättern zu publizieren pflegt, und aus etlichen politischen Prozessen bekannt/berüchtigt ist, und der Staatsanwalt beim Kammergericht Przytarski.

(Nicht erst) am Beispiel von Klaus Viehmann wurde deutlich, wie das im Rahmen der 'lex raf' verabschiedete Verbot der Doppelverteidigung mittlerweile durchschlägt. Es wird immer schwieriger für Beschuldigte in 129-Verfahren überhaupt noch einen linken Anwalt zu finden. Man kann sich leicht vorstellen, wie unerträglich es gerade in der Zeit unmittelbar nach der Einknastung sein muß, ohne "rechtlichen Beistand" zu sein. Klaus Viehmann wurde erst 6 Wochen nach seiner Festnahme zu erstenmal von einem Anwalt (Hans-Heinrich Thormeyer) besucht.

Die Adresse von Klaus ist: Alt-Moabit 12 a, 1 Berlin 21

Am 18. Juli 1978 haben Peter-Paul Zahl und Lothar Gend ihren Hungerstreik, den sie am 22. Mai begonnen hatten, nach 57 Tagen unterbrochen. Die letzten 25 Tage waren sie zwangsernährt worden. Heinrich Jahnsen, der am 14. Juli aus Werl nach Bochum verlegt wurde, befindet sich nach Auskunft seines Rechtsanwalts weiterhin im Hungerstreik. Mit diesem Hungerstreik wehrten und wehren sich die Gefangenen gegen die unerträglichen Haftbedingungen, die darauf ausgerichtet sind, ihre Identität zu zerstören. Ihre Forderungen lauten weiterhin:

- Eingliederung in den "Normalvollzug"
- Aufhebung sämtlicher Maßnahmen der "Häftlingsüberwachung"
- Entfernung des Staatsschutzes aus dem Strafvollzug
- Abschaffung der obrigkeitsstaatlichen Zensur
- Gewährung aller Grundrechte, die das Strafvollzugsgesetz auch für Strafgefangene vorsieht.

Keine dieser Forderungen ist bislang erfüllt worden. Im Gegenteil: die Haftsituation hat sich insofern noch verschärft, als

- seit dem 26.6.78 Verteidigerbesuche nur noch in einer mit einer Trennscheibe versehenen Sprechzelle stattfinden dürfen
- seit dem 22.7.78 diese Regelung nun auch auf die Angehörigen von Peter Paul Zahl ausgedehnt worden ist. (...)

Diese gesetzwidrige Praxis der Vollzugsorgane, eine in der Öffentlichkeit ohnehin stark umstrittene und in juristischen Kreisen sogar für verfassungswidrig gehaltene Vorschrift - (Anwendung der Trennscheiben für Verteidigerbesuche bei Gefangenen, die nach § 129 StPO angeklagt oder verurteilt sind - § 149 Abs. 2 Satz 3 StPO) - über den vorgesehenen Rahmen hinaus auf beliebig viele, vom Staatsschutz bezeichnete Häftlinge sowie auf deren Angehörige auszudehnen, wurde inzwischen in mehreren Fällen durch richterlichen Beschluß wieder aufgehoben:

Bestreiten werden Sie sicherlich auch, daß das "Angebot" an den Gefangenen, Besucher hinter einer Trennscheibe zu empfangen, eine Art Folter oder – wenn Sie dieses Wort nicht mögen – psychischer Quälerei darstellt. Trotzdem wollen wir nicht versäumen, Ihnen die Umstände zu beschreiben, unter denen ein solcher "Besuch" nach den Vorstellungen der Anstaltsleitung stattfinden soll: Nach wie vor wird der Gefangene umgezogen und untersucht, incl. gynäkologischer bzw. proktologischer Nachschau, auch die Besucher werden behandelt wie bisher. Was um Himmelswillen kann denn jetzt noch zwischen Gefangenem und Besucher ausgetauscht werden? Geht die Sicherheitshysterie deutscher Beamter soweit, daß man diesen Leibesvisitationen mißtraut?
Oder sind Sie nicht doch mit uns der Ansicht, daß sich der offensichtliche Schikanecharakter der Trennscheibe dadurch von selbst entlarvt? ... Es ist die Methode, einem Verdurstenden ein Glas Wasser zu zeigen, ihn aber nicht trinken zu lassen.

Unter diesen Bedingungen lehnen es sowohl Herr Roos als auch wir ab, diese menschenverachtende Praxis dadurch zu legitimieren, daß wir weiterhin Besuche machen, als wäre nichts geschehen.
Wir senden die von Ihnen ausgestellten Besuchsscheine zurück und erklären, daß es keine Besuche bei Herrn Roos geben wird, solange die Trennscheibe und das Umarmungsverbot nicht abgeschafft sind. Wir wissen, was das für Herrn Roos bedeutet. Wollen Sie sich nicht zum Vorwurf machen lassen, durch Ihre Duldung derartiger Praktiken an der Behinderung der Verteidigung politischer Gefangener, an der Vernichtung der psychischen und politischen Identität von – immerhin – Menschen, kurz: an einer besonders perfiden Art von Gehirnwäsche und "weißer" Folter maßgeblich beteiligt zu sein, werden Sie etwas gegen dieses Produkt menschenverachtender Perfektion unternehmen müssen.

Wir fordern Sie auf, allen Unterzeichnern umgehend eine

HAFTVERSCHONUNG FÜR AGIT–DRUCKER GEFORDERT

BERLIN
26. Juli

Auszüge aus einem Flugblatt für die Berliner Agit-Drucker, die deshalb, weil sie die Zeitung "Info-Bug" gedruckt hatten, neun Monate in Untersuchungshaft saßen:

„Seit dem 13.7. sind die drei AGIT-Drucker Jutta, Gerdi und Henning aus dem Knast entlassen. Das Gericht gab damit den Anträgen auf Haftverschonung statt, d.h. daß die Haftbefehle nicht aufgehoben sind und daß die drei jederzeit wieder festgenommen werden können.

Trotzdem ist die Freilassung der drei ein großer Erfolg, der nur durch den permanenten öffentlichen Druck auf das Gericht zustande kommen konnte. ...

Von seiten des Gerichts soll durch die Freilassung der Öffentlichkeitsarbeit die Spitze abgebrochen werden, um damit Ruhe in den Prozeß zu bringen. Notfalls könne dieser auch ohne die Angeklagten stattfinden.

Die bundesdeutsche Gerichtsbarkeit benötigt ein Grundsatzurteil, um ein für alle Mal die Rechtsunsicherheit über die §§ 129a und 88a aufzuheben, die bei diesem Prozeß zum ersten Mal miteinander verbunden waren.
Nicht umsonst wird der § 129a auch als Internierungsparagraph bezeichnet. Allein der Verdacht der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung rechtfertigt die Untersuchungshaft, ohne daß Flucht- oder Verdunkelungsgefahr nachgewiesen werden müssen, und zieht Haftbedingungen nach sich, wie sie allen politischen Gefangenen zuteil wird: Trennscheibe bei Anwaltsbesuchen, Fliegengitter vor den Fenstern, bewaffnete Bullen im Gerichtssaal, Registrierung der Zuschauer etc. ...

Um ein Urteil zu erreichen, beharrt die Staatsanwaltsschaft auf dem § 129a und verbindet dies mit der Theorie, daß schon

Die Anwälte wiesen darauf hin, daß der erste Teil des Info 150, das verlesen wurde, als Dokumentation gewertet werden muß. Diese besteht aus einer Hungerstreikerklärung, einer Erklärung der Eltern und eines Rechtsanwalts.
Nach dieser Erklärung befragte das Gericht den ersten Zeugen, der sich über den Charakter des Info-Bug's äußerte: "Das Info war eine Leserzeitschrift, in der jeder das schreiben konnte, was er wollte." ...

Der Prozeß ist jeden Montag und Donnerstag 9.00 Uhr bis zum 10. August. Weiter geht's dann am 11. September.

Während des Prozesses können unter der Tel.Nr. 693 21 99 jeweils montags und donnerstags von 18.00 - 20.00 Uhr ständig Informationen eingeholt werden.

Während des Prozesses trifft sich das Komitee zur Befreiung der AGIT-Drucker jeden Montag und Donnerstag um 19.00 Uhr in: 1000 Berlin 61, Mehringdamm 99.

KLAUS VIEHMANN IM HUNGERSTREIK

BERLIN
2. Aug.

Klaus Viehmann, der im Rahmen der Großfahndung nach der Till Meyer-Befreiung am 5. Juni von einem Sonderkommando des Westberliner Staatsschutzes festgenommen wurde, befindet sich seit dem 21. Juli im Hungerstreik. Er unterstütz damit die Forderung der Totalisolierten Gabriele Rollnick nach gemeinsamen Hofgang und Zellenaufschluß mit den drei anderen weiblichen Gefangenen im Moabiter Turm Ilse Jandt, Monika Berberich und Waltraud Siepert, die sich ebenfalls, wie auch Till Meyer und

BÜRGERINITIATIVE IN SANTA FU

HAMBURG
1. AUGUST

Wie uns von der Gefangenenselbstinitiative e. V. aus Hamburg mitgeteilt wurde, bildete sich in der Vollzugsanstalt II Hamburg Fuhlsbüttel eine Bürgerinitiative, die „Gemeinschaft fernsehinteressierter Insassen" (GFI). Aus dem Info Nr. 1 der GFI:

Die GFI verfolgt allein das Ziel, die allen Anstaltsinsassen nach dem Strafvollzugsgesetz zugestandene Möglichkeit des Fernsehempfangs mit legalen Möglichkeiten verwirklichen zu helfen. Insbesondere tritt die GFI dafür ein, die menschlichen Bedürfnisse nach staatsbürgerlicher Information, Bildung und Unterhaltung auch Anstaltsinsassen zuzuerkennen und die Behörden dazu zu bewegen, diese Grundbedürfnisse der Anstaltsinsassen angemessen zu berücksichtigen. In die GFI können sowohl Anstaltsinsassen als auch Außenstehende (als Förderer) eintreten.

Zu richten an: Karl-Jürgen Fischer, Am Hasenberge 26, 2000 Hamburg 63
Kontakt: Gefangenenselbstinitiative e. V. Vereinsstraße 4, 2000 Hamburg 6.

Hungerstreik von Zahl, Gend und Jansen:

DOCH DIE HAFTSITUATION HAT SICH NOCH VERSCHÄRFT

FRANKFURT
1. August

Aus einer Presseerklärung der Initiativgruppe Peter-Paul Zahl:

So haben der 4. Strafsenat des Berliner Kammergerichts und das Oberlandesgericht Düsseldorf die von den Leitern der Vollzugsanstalten getroffenen Anordnungen, Privatbesuche in einem mit einer Trennscheibe ausgestatteten Raum stattfinden zu lassen, wieder rückgängig gemacht. Wir fordern die verantwortlichen Justizministerien auf, dieser gesetzwidrigen und willkürlichen Praxis Einhalt zu gebieten.

Wir unterstützen die Forderungen der Gefangenen nach Eingliederung in den Normalvollzug und verlangen die sofortige Beseitigung der Trennscheibe".

Kontakt: Initiativgruppe Peter-Paul Zahl, c/o Verlag Neue Kritik, Myliusstr. 58, 6000 Frankfurt 1

Hungerstreik beendet

Heinrich Jansen hat nach Angaben seines Anwalts, Dieter Hoffmann (Berlin) seinen Hungerstreik am 21. Juli 1978 beendet. Seit dem 26. Juli soll er wieder in der JVA Werl sein. Zumindest in einem Fall soll die Besuchssperre aufgehoben worden sein.

Kontakt: Heinrich Jansen, JVA Werl, 4760 Werl, Postfach 301

BESUCHSVERBOT BEI WERNER SCHLEGEL

FRANKFURT 26. Juli *Werner Schlegel, der zur Zeit in der JVA Rheinbach inhaftiert ist, versucht seit Anfang des Jahres die Besuchsverbote gegen seine Verlobte Gaby Weber und deren Freundin Ute Bangert zu verhindern. Den beiden Frauen wird ständig mit obskuren Behauptungen, "sie seien Sympathisantinnen von Terroristen", oder durch ihre Anwesenheit (1 Besuch 30 Min.) würde das Vollzugsziel für Werner Schlegel gefährdet, die Kontaktaufnahme zu ihm verwehrt. Werner Schlegel selbst beschreibt in einem offenen Brief, der auch an den Bundestagsabgeordneten Dr. Hans de With sowie an die Humanistische Union München ging, seine Haftbedingungen wie folgt:*

Alle 14 Tage findet eine Verlegung in eine andere Zelle statt, ca. alle 8 Tage eine Razzia. Regelmäßige Razzien werden vom Landeskriminalamt durchgeführt, wobei mein ohnehin schon verplomptes Radio ab und an entführt wird. Meine Anwaltsbesuche finden grundsätzlich nur mit Trennscheibe statt. Ob die Räume mit Trennscheibe auch grundsätzlich für alle Privatbesuche eingesetzt werden, ist noch nicht definitiv. Auf jeden Fall muß ich mich vor und nach jedem Besuch nackt ausziehen und anschließend neue Klamotten anziehen. Über mich wurde die Umschlussperre verhängt, was ich allerdings noch darf, ist für den Knast arbeiten. Meine Einkäufe werden nicht von mir, sondern von "Meinem" Sicherheitsinspektor getätigt. Bei den wöchentlichen Groß-Razzien findet jedes Mal der Klamottenaustausch statt, sowie die genaue Kontrolle der Zellen-Habe. Einen Pluspunkt habe ich. Seit Februar habe ich einen Sicherheitsinspektor/Zensor, der seine Ermessensspielräume nicht, wie zum Beispiel bei Peter Paul Zahl, zu willkürlichen Schikanen ausnützt.

Zu den Besuchsverboten:

Beide Besuchsverbote bestehen bis heute, seit 6 Monaten können meine Verlobte und ich uns nicht sehen, Heirat ist verunmöglicht. Fazit: Unter dem Deckmantel der 'Terroristenbekämpfung' ist in diesem Staat alles möglich. Mit bereits unzähligen Beispielen, 'drinnen' und zunehmend auch 'draussen', entlarvt sich die sogenannte fdGO als Schön-Wetter-Ideologie. Immer offener marschiert dieses Land in Georg Orwells Schrekkensvision von "1984". Die Gründe brauchen hier nicht einmal angerissen werden. Sie sind schon bei Marx nachzulesen. Diejenigen, die die w i r k l i c h e n Verfassungsfeinde in diesem Land sind, reiben sich die Hände. Ihre grosse Stunde naht langsam, aber unaufhaltsam, wie es scheint. Und diese Verfassungsfeinde sitzen längst in den staatlichen Institutionen, in den Parlamenten. Aus ihrer Gesinnung machen sie heute kein Geheimnis mehr. Dazu noch ein kleines Beispiel: Am 5.7. sprach ich in Sachen staatliches Heiratsverbot mit einem Mitglied des Petitionsausschusses von NRW. (Dr. Pelz). Einige Zitate, die dessen - und anderer - Rechtsstaatsverständnis zur Genüge untermauern:

"Was heißt hier Grundrecht? Sicherheit und Ordnung der Anstalt gehen vor!" Antwort auf meine Anmerkung, daß die Verhinderung einer Eheschliessung ein eklatanter Verstoß gegen Art. 6 GG sei. Und: "Leider ist da eine Lücke im Gesetz". Auf die nachgeschobene Feststellung, daß ein Besuchsverbot - u n a b h ä n g i g von einer beabsichtigten Heirat - für Angehörige im Sinne des Gesetzes, wozu Verlobte, Verlobter gehören, an sich bereits grob rechtswidrig wäre. Auf dieses Argument hin schlug Dr. Pelz (m.W. CDU) in meinem Beisein dem stellvertretenden Anstaltsleiter Lange folgenden 'Kompromiss' vor: Aufhebung des Besuchsverbotes für einen Besuch zur Eheschliessung, danach erneutes Inkrafttreten! Verzerrtes Bild vom Rechtsstaat? Wo sehen sie hier einen "liberalen Rechtsstaat", Herr Staatssekretär? Aufhebung der freien Advokatur. Gesinnungsschnüffelei in unerträglichem Ausmaß. Institutionalisierte Isolationshaft für bestimmte Gefangene (vgl. Eingangs erwähnte rechtswidrige Anwendung der Trennscheibe für Privatbesuche). Erzwungene Freigabe zur Adoption von Kindern wie in der DDR, (Sohn von Angelika und Volker Speitel, vgl. entsprechender SPIEGEL-Bericht). Staatliches Heiratsverbot. Kriminalisierung von Dissidentenbewegungen (KKW-Gegner). Usw. usf. Verzerrtes Bild vom Rechtsstaat? Daß ich nicht lache!

Mit der gebührenden Achtung
(W. Schlegel, Autor in Haft)

Kontakt: Werner Schlegel, Postfach 601/JVA 5308 Rheinbach
Initiative Werner Schlegel c/o babula, Pontstr. 133, 51 Aachen

SOMMER 1978 – DER FREIHEITLICHE RECHTSSTAAT TREIBT SEINE BLÜTEN

MÜHLHEIM 28. Juli *Zweimal 15. Juli im Leben eines ID-Lesers:*

Am Samstag, 15. Juli wurde im Friedrich-Ebert-Gymnasium in Mühlheim/Main ein Schulfest veranstaltet. Die Bürgerinitiative Offenbach gegen Atomkraftwerke war von der Schülervertretung eingeladen, durch einen Informationsstand die Atomkraftproblematik darzustellen und Theater zu spielen. Vier von sechs anwesenden Bürgerinitiativlern waren bis vor einem Jahr Schüler des F.-Ebert-Gymnasiums. Nachdem der Stand bereits eine Stunde lang aufgebaut war, kam der Schulelternbeiratsvorsitzende - übrigens ein Mitglied der CDU - und fragte mich nach der Genehmigung für den Stand, dem für den Stand Verantwortlichen und sogar nach meinen Namen. Dann erschien auch der Schulleiter und erklärte, daß der Stand abzubauen sei. Als Begründung zitierte er einen Konferenzbeschluß, nachdem das Auftreten von außerschulischen Organisationen sowie das Verteilen nicht von ihm ausdrücklich geneh-

migter Druckwerke verboten sei. In den vorangegangenen Verhandlungen mit der Schülervertretung, die ich persönlich geführt hatte, war nur ein Verbot von Material politischer Parteien und Grüner Listen erwähnt worden. Man muß sich dabei klarmachen, daß Ausbau und Sicherung der Atomenergie das Recht auf Leben und Unversehrtheit sowie den Kern unserer demokratischen Rechte sehr stark beeinflußen (bzw. beschränken). Wir durften den Schülern, deren wichtigsten Rechte von dieser Problematik beeinflußt werden, keine Informationen geben.

Nun zum zweiten Vorfall, der sich am 15. Juli gegen 23 Uhr in einem Omnibus der Linie 21 der Stadtwerke Offenbach/M. zutrug. Es war kurz vor Erreichen einer Haltestelle, ein schätzungsweise 30-jähriger Mann und seine Begleiterin standen bereits an der Tür. Plötzlich drückte ein anderer junger Mann dem ersteren eine Pistole ins Kreuz, sagte, er solle die Hände hoch nehmen und schob ihn rabiat zur gegenüberliegenden Buswand. Zwei weitere Männer tauchten auf - zu dritt durchsuchten sie ihr Opfer (wahrscheinlich nach Waffen).
Ich war sehr erschrocken und überrumpelt. Ich glaubte an einen "gewöhnlichen" Überfall und wartete quasi nur noch darauf, daß einer der drei Männer das Geld der Fahrgäste einsammelte. Inzwischen hatte der Bus angehalten und ein Blick aus dem Fenster bewies mir meinen Irrtum. Draußen sah ich einen haltenden Polizeidienstwagen mit Blaulicht. Außerdem beobachtete ich einen auf- und abgehenden Polizisten, der eine Maschinenpistole bereithielt. Weiterhin entdeckte ich nun vorne im Bus einen zweiten uniformierten Polizisten. Und da wurde mir schlagartig klar, daß es sich hier nicht um eine Aktion von Gesetzesbrechern, sondern von Gesetzeshütern handelte. Die drei besagten Männer gingen mit dem Festgenommenen raus und durchsuchten ihn dort weiter - seine Begleiterin folgte. Der Bus fuhr weiter - vorbei. Anzumerken bleibt noch, daß, wenn ich nicht fast taub bin, die obengenannten Männer nicht klarmachten, daß sie Polizisten sind (was ja nun stark anzunehmen ist). Vielleicht wußte der Betroffene Bescheid - nicht aber die vielleicht zehn oder fünfzehn weiteren Insassen. Man kann von der Polizei verlangen, daß, wo sie mit der Waffe in der Hand auftritt, sie sich auch als Polizei zu erkennen gibt".

LANDESPARTEITAG DER NPD IN MANNHEIM

MANNHEIM
17. Juli

Von der Initiative für eine antifaschistische Aktionseinheit erhielten wir folgenden Brief:

"Liebe Freunde,

wie Ihr sicher schon aus der regionalen Presse erfahren habt, plant die faschistische NPD am 16. und 17. September 78 in Mannheim ihren Landesparteitag 78. Die Räumlichkeiten für diesen Parteitag hat die NPD bereits von der Stadt Mannheim zugesagt bekommen. Es handelt sich dabei um den Mannheimer Rosengarten. Nach den Vorfällen am 17. Juni in Frankfurt bei denen etwa 5000 Antifaschisten gegen das Deutschlandtreffen der NPD demonstriert haben und von der Polizei mit Gummiknüppeln und Wasserwerfern bearbeitet wurden, muß man für den September in Mannheim ähnliches fürchten. Verschiedene Städte in der BRD haben ihre Lehren aus dem 17. Juni 78 gezogen. Sie wollen von nun an der NPD nicht mehr gestatten, in ihren Mauern aufzutreten. Mannheim leider nicht. Nachdem Hamburg bereits das Etikett "Faschistenfreundlich" für sich beanspruchen darf, will sich nun Mannheim für diese Auszeichnung bewerben, wie sonst soll man die Vermietung des Rosengartens an die Faschisten deuten.

Als eine mögliche Aktion stellen wir uns etwa ein Bürgerbegehren vor, damit die Genehmigung des Rosengartens für die NPD im Stadtrat behandelt wird. Allerdings wissen wir auch, daß nur eine geschlossene Einheitsfront in der Lage sein wird, den Parteitag der Faschisten in Mannheim zu verhindern."

Kontakt: c/o Kaltwasser, Seckenheimer Str. 27, 6800 Mannheim

Inzwischen hat sich eine Aktionseinheit zur Verhinderung des NPD-Landesparteitages gebildet, der fast die gesamte Mannheimer Linke angehört: K-Gruppen, undogmatische Gruppen, Basisinitiativen, Frauen und Unorganisierte. Darüberhinaus besteht nach Ansicht der Mitglieder der Aktionseinheit durchaus die Möglichkeit, das Bündnis um Gruppen wie evangelische Jugend, Jusos, Judos, Jugendzentren usw. zu erweitern. Die Aktionseinheit hat einen Aufruf "Stoppt die Nazis jetzt" verfaßt und plant eine Demonstration am Sonntag, dem 17. September. Die Kontaktadresse der Antifaschistischen Aktionseinheit:

Der andere Buchladen, M2, 6, 6800 Mannheim

UNTERSTÜTZUNGSGRUPPE FORDERT VERLEGUNG VON IRIS MILLS

LONDON
28. JULI

Iris Mills ist zusammen mit 5 anderen Genossen, Ronan Bennett, Dadydd Ladd, Steward Carr, Trevor Dalton und Vincent Stevenson, im Knast von Brixton inhaftiert. Von allen anderen Gefangenen isoliert, dürfen die Genossen untereinander Kontakt haben, mit Ausnahme von Iris Mills (ID-Bericht in ID 240). Iris ist als einzige Frau in dem Männerknast völlig isoliert. Während andere Umschluß haben, darf Iris fernsehen.

Eine Unterstützungsgruppe für die gefangenen Genossen hat sich gebildet und fordert:

- Freiheit für alle gefangenen Genossen
- Weg mit den „Conspiracy Laws"
- Weg mit der „Anti-Terrorist Squad" und ähnlichen Polizeitruppen
- Als Mindestforderung wird die Verlegung von Iris Mills in ein FRauengefängnis und die Möglichkeit, daß sie die anderen Gefangenen besuchen kann, verlangt.

Auch die Unterstützungsgruppe bekommt staatliche Repression zu spüren: Genossen, die einen Besuchsantrag gestellt hatten, wurden von einer Hausdurchsuchung überrascht, andere wurden beschattet und vorrübergehend festgenommen. Helft den Genossen durch moralische und finanzielle Unterstützung an: Persons Unknown Support Group, Box 123, Rising Free, 182 Upper Street, London N 1.

HERAUSGEBER:
Frankfurter Informationsdienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90, Tel.: 0611/ 704 352
Verantwortlicher Redakteur: F. Kern

Bei Nichtaushändigung an den Gefangenen bitte mit dem Grund der Nichtaushändigung an Absender zurückschicken.

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
D 1870 CX
Informations Dienst
Postfach 90 03 43 6 Ffm 90

Nummer des Abonnements | bezahlt bis ID-Nummer | Exemplare

Achtung, liebe Abonennten!
Wenn auf dem Adressaufkleber das Zeichen !? ! auftaucht, bitte baldigst Geld auf das ID-Konto überweisen-sonst meinen wir, ihr wollt keinen ID mehr
UND STELLEN DIE LIEFERUNG EIN !? !

Posteinlieferung des letzten ID's :Freitag, 20 Uhr



KEINE "ROTEN FERIEN" IM BASKENLAND

Das Urlaubsglück von 50 meist jüngeren Franzosen wurde am 27. Juli abrupt beendet: die kleine Pension in der Gegend von San Sebastian, wo sie zusammen mit baskischen Genossinnen und Genossen „rote Ferien" verbringen wollten, wurde von der spanischen Polizei durchsucht und die Franzosen aus Spanien ausgewiesen. Drei Gründe gab der Zivilgouverneur von Guipuzcoa dafür an: „ Teilnahme an den jüngsten Demonstrationen in Pamplona und San Sebastia, Einnahme von Drogen und sexuelle Promiskuität".. Die „Roten Ferien" wurden von der trotzkistischen Tageszeitung ..Rouge" angeregt und von einem normalen Reisebüro organisiert.

Mit den Bildern kam folgender Brief: „Als ich mit einem Freund im Juni im Baskenland war, konnte ich einige Eindrücke sammeln wie wichtig den Basken ihre Autonomie ist. Fast jeder zweite lief mit einer Plakette „Euskadi" herum. Es wurde viel diskutiert. Informationsstände und kleine Musikgruppen mit Flöten und Trommeln, so in San Sebastian Mitte Juni. Als wir mit einer vorsintflutlichen Eisenbahn nach Bermeo und Guernica fuhren, fanden wir außerdem noch Wandmalereien, die ich Euch hiermit sende..."

